

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellenanzeigen die 3 gespaltene Kolonnenzeile 50 Pf...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Winterarbeit.

II.

Die am Schlusse des vorigen Artikels gegebene Aufstellung kann natürlich bedeutend erweitert und vielfach ergänzt werden. Es kann auch jede beliebige Vortragsgruppe herausgenommen und für sich behandelt werden...

Debatten über Vorträge sollten nur stattfinden, wenn das Thema oder die Art, wie es behandelt wurde, eine solche notwendig macht. Durch schlechte Debatten werden oft die besten Vorträge verdorben...

Die Mitglieder einer Zahlstelle oder eines Zahlstellenbezirks arbeiten in der Regel in sehr verschiedenen Industriezweigen. Daraus resultiert, daß in unverschiedenen Versammlungen fast nie über die Angelegenheiten einer bestimmten Industrie...

solche Listen einheitlich mit Vordrucken herstellen lassen und den Zahlstellen übermitteln. Er müßte dann fordern, daß bei Anmeldung von Lohnbewegungen diese laufend geführten Betriebslisten mit eingesandt würden...

Die Branchenversammlungen werden in den letzten Jahren in einzelnen großen Zahlstellen sehr gepflegt. Unserm Erachtens mit Recht. Ganz besonders sind sie da am Platze, wo die Betriebe einer Branche zu klein sind...

Nachkommenswert sind u. U. die in mehreren Zahlstellen gebildeten Kommissionen, die den Auftrag haben, jedes ohne Angabe von Gründen austretende Mitglied zu besuchen...

Neben diesen Bestrebungen zur Erhaltung der gewonnenen dürfen die zur Gewinnung neuer Mitglieder nicht vernachlässigt werden. Namentlich die Hausagitation kann im Winter gepflegt werden. Besonders aber muß die Frühjahrsagitation jetzt vorbereitet werden...

Aus dem Reichstage.

Die Bildung des Schnapsblocks hat auch eine Seite in das Prädium des Reichstags geschrieben, die am dritten Verhandlungstag ausgefüllt wurde. An Stelle des Erbringens von Hohenlohe wurde der Freikonserwatve Schütz als zweiter Vizepräsident gewählt...

von Seuchen und Krankheiten verhindernde Beseitigung von Tierleichen bezwecken soll. Dieser Entwurf geht an eine Kommission, die aus 14 Mitgliedern besteht.

Der zweite, dritte und vierte Verhandlungstag hat sich mit einer sozialdemokratischen Anfrage, die Fleisch betreffend, zu befassen: „Was gebietet der Reichsanwalt zu tun, um der Volksgeundheit schwer schädigenden Lebensmittelverfälschung zu begegnen.“

Die Konservativ Partei bringt eine Anfrage, in welcher gestanden wird, daß in den letzten Monaten eine bemerkenswerte und bedauerliche Verteuerung des Fleisches in vielen Städten eingetreten ist und in der dem Reichsanwalt nahegelegt wird, die schwereren Gefahren zu schildern, welche die Öffnung der Grenzen für eine nachhaltige ausreichende Fleischversorgung des deutschen Volkes im Gefolge haben könne...

Der gute Mann will denn auch von einschneidenden Maßnahmen nichts wissen und ihm zur Seite stellen sich Stauffer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Herold vom Zentrum, Freiherr von Camp aus der Reichspartei, der Nationalliberale Paasche, der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Neier und der Vertreter des Reichsanwalters, Staatssekretär Delbrück...

Alle Redner, welche die Volksernährung als ergiebige Ausnützungssubjekt für die Finanzen des Reiches und die Taten der Produzenten ansehen, wenden sich gegen Öffnung der Grenzen Verleumdung des Viehes, dadurch Aufhebung des Veterinärzuges, Verzerrung des einheimischen Viehstandes mit eintretender Preissteigerung sei die Folge. Dabei will die Sozialdemokratie keine Zufuhr, bei welcher die veterinäre Vorkehrung außer acht gelassen werden soll...

Trotz strenger Maßnahmen ist das Reich nicht seuchenfrei. In 30 Gemeinden und 33 Gehöften herrschte der Plog, in einer Gemeinde und einem Gehöft die Lungenseuche, in 1503 Gemeinden und 3534 Gehöften die Maul- und Klauenseuche; Schweineseuche und Schweißpest grassieren in 1176 Gemeinden mit 1611 Gehöften. Diese Ziffern, nach Berichten der beamteten Tierärzte im Kaiserlichen Gesundheitsamt zusammengestellt, stellen den Stand der Seuche vom 15. November dieses Jahres dar...

Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat Berechnungen über den Fleischverbrauch anstellen lassen. Viele Berechnungen und Erhebungen sind auf einer 34 Seiten starken Druckschrift niedergelegt, die jetzt in dem Augenblicke verteilt wurde, als der Interpellant das Wort nahm. Das Reichsgesundheitsamt folgert aus Grund der Erhebungen, daß der Fleischverbrauch in Deutschland wesentlich größer ist als man ehemals annahm. Nach keinen Berechnungen ergibt sich folgender Verbrauch in den letzten 6 Jahren:

Table with 3 columns: Year, Kilogr., Kilogr. Rows: 1904 52,05 1907 52,93; 1905 51,47 1908 53,28; 1906 50,52 1909 52,94

Der Fleischverbrauch, so heißt es weiter, ist in den Städten höher als auf dem Lande. Er betrage in ersteren 57-90 Kilogramm. Zu beachten ist, daß in den Kopfschichten Fleisch, Wild und Geflügel nicht enthalten. Der Verbrauch an diesem wird auf 8 Kilogramm geschätzt. Außer den billigeren Fischsorten wird von diesem Umsatz sehr wenig auf den Tisch der Arbeiter zu berechnen sein.

Eingerechnet in den Fleischverbrauch sind auch Knochen und Fettteile, welche für die eigentliche Fleischversorgung nicht in Betracht kommen. Das Gesundheitsamt schätzt diese selbst auf 30 vom Hundert des gesamten Schlachtgewichtes. Dagegen sind aufzuführen als für den Fleischverbrauch verwendbar Fett, Kopf-, Bein- und Schrausfleisch 5 Prozent, so daß 75 Prozent des Schlachtgewichtes zur Verwendung kommen.

Um 25 Prozent hätte sich also die verrechnete Verbrauchsziffer pro Kopf zu verringern. Es kommt weiter hinzu, daß bei der Verbrauchsbestimmung die Staatsbürger unter 6 und über 70 Jahren als Nichtverbraucher außer Rechnung gelassen sind. In der Tat befinden sich unter diesen aber Fleischesser. Jedermann weiß, daß ein zwei Jahre altes Kind nach Fleisch, Wurst greift, vorausgesetzt, daß solches auf den Tisch gebracht werden kann. Um den Verbrauch dieser Altersklassen unter Abrechnung der Kinder unter zwei Jahren ist also die Verbrauchsziffer erhöht worden. Das muß man sich alles vor Augen halten, wenn man den Fleischbedarf würdigen will. Uns will bedanken, als ob dieser Berechnungsmodus stark nach Tendenz riecht. Erwahnenem ist der Verbrauch vom Jahre 1903 auf 1909 von 53,28 auf 52,94 Kilogramm gesunken. Und in Berücksichtigung des Umstandes, daß in unferm zur Unrast und Nervosität verurteilenden Zeitalter das Fleisch als Nahrungsmittel am ehesten geeignet, ist die Zunahme des Fleischverbrauches von 52,05 im Jahre 1904 auf 52,94 im Jahre 1909 als ungenügend zu bezeichnen. Und endlich ist zu beachten, daß in die Kopf-Quoten verrechnet ist der Verbrauch in den Familien der Reichenden, in den Katernen, großen Restaurants usw., sodaß viele Arbeiter trogen können; wer hat denn die 89 Gramm der Zunahme meines Fleischverbrauches, und wer hat im Jahre 1908 meinen Anteil von 52,94 Kilogramm überhaupt gegessen? Für den Arbeiter-

Haushalt wird immer mehr Verbrauchstyp, was als Quantum eines Zittauer Webers oder badischen Tabakarbeiters ermittelt worden. Beim ersten 10—20 Kilogramm, beim zweiten unter 10 bis unter 30 Kilogramm pro Jahr. Daß dabei die Volksgesundheit nicht besser werden kann, daß die Arbeit keine Kraft und Gesundheit vor festzeitigen Verfall leider nicht schützen kann, das wird einmal ein Reichsgesundheitsamt in der Zukunft feststellen haben.

Das jetzige Reichsgesundheitsamt kann indes nicht umhin, die Feststellung zu machen, daß seit dem Jahre 1909 bis 1910 das

	Rindfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch	Kalb- fleisch
bessere Qual. um	34,1	33,3	34,3	29,7
geringere „	35,4	34,9	30,4	21,3

pro Kilogramm gestiegen ist. Geändert wird von der Regierung nichts! Die preissteigernden Tendenzen für Fleisch und alle andern Nahrungsmittel bleiben. Der Herr Staatssekretär hat, anstatt Hilfe in Aussicht zu stellen, den Arbeitern in Deutschland die Lohnsteigerungen vorgerechnet, die sich ein Teil der Arbeiter erringen hat, erungen mit Hilfe ihrer Organisation, gegen den Willen der Unternehmer, Regierungen und Behörden, die sich ja allesamt eins wissen in dem Willen, die selbständige Arbeiterbewegung zu bekämpfen, sei es selbst durch Rechtsverletzungen. Das Programm der Agrarier bleibt nach den Erklärungen des Landwirtschaftsministers und des Staatssekretärs des Innern auch das Programm der Regierung. Hilfe hat unter der Leitung feindselige werktätige Volk nicht zu erwarten von diesem Reichstag, dessen agrarische Bannerträger sich nicht scheuten, in letzter Stunde der Beratung Wahlreden zugunsten ihrer Ausplünderungspolitik zu halten.

Die zweite Interpellation der Sozialdemokraten richtete sich gegen den neuen abolutistischen Vorkiss, den Wilhelm II. durch seine vielgenannte Königsberger Gottesgnadenrede unternehmen konnte. Abg. Vederbour wies dabei in überzeugender Weise nach, daß dieser rednerische Vorkiss eine Durchbrechung der berühmten Erklärung vom November 1908 bedeute, fand aber damit nur die Zustimmung des Redners der Fortschrittlichen Volkspartei, s. Bayer. Der nationalliberale Herr Vajermann hielt eine recht nationalliberale Sowohl-als-auch- und Güterleihs-anders-Rede, die die totale Haltlosigkeit seiner Partei in geradezu peinlicher Weise demonstrierte. Die Parteien des sog. schwarzen Blods schwanken dagegen kurz entschlossen von ihrem im Jahre 1908 eingenommenen Standpunkt ab und führen eine Komodie zur Meinung des bedrohten Thrones auf, die durch ihre öffentlichen Verlogenheit höchst anwidern wirkt. Die katholischen Reigungen Wilhelm II., die in seiner Benediktinerrede im Kloster Beuron — trotz der Engherz des Papstes gegen die „Sauchanbeiter“ und die „verkommenen Fürsten und Völler“ — so übermächtig in Erscheinung traten, gaben dem Zentrumstredner erwünschten Anlaß, sich in byzantinischen Lobpreisungen Wilhelm II. zu überdieseln. Herr v. Heydebrand aber, der Zentrumschäufmann, stellte sich vor den Reichstagsler und forderte gebieterisch in Ton und Haltung geistliche Maßnahmen zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft vor der Sozialdemokratie! Später versicherte der freiliberale v. Dürren, Herr v. Heydebrand werde damit nicht ein neues Sozialgesetz, sondern „nur“ eine Verschärfung der Verleumdungsstrafen des Strafrechtbuchs und vor allem ein neues Arbeitswilligengesetz, also die Ausgrabung der verscharrten Buchhansvorsorge gemeint. Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, daß sich die reaktionäre Schmarotcherhe in erster Linie gar nicht gegen die sozialdemokratische Partei, sondern gegen die freien Gewerkschaften richtet. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sollte diese Tatsache würdigen und sein Verhalten entsprechend einrichten.

Ein gefährlicher Vorschlag auf dem Arbeitsnachweis-Kongress.

Das Problem des Arbeitsnachweises haben die organisierten Arbeiter von jeher zum Gegenstand ihres lebhaftesten Interesses gemacht. Ihre Auffassung über die geeignete Form desselben hat im Lauf der Zeit eine recht interessante Entwicklung durchgemacht. Der stetige Umwälzung der Meinungen kommt in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck. In Berlin (1896) wurde noch jede Verknüpfung an den öffentlichen Arbeitsnachweisen strikte abgelehnt. Nach der in Frankfurt (1899) angenommenen Resolution wurde die Anteilnahme unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Algierita vorherrschend war aber noch immer die Meinung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Verkäufer der Ware Arbeitskraft gehöre. Seitdem hat sich die Wandlung weiter vollzogen nach der Richtung hin, daß die Gewerkschaften heute fast ausnahmslos und rückhaltlos für gemeinnützige, potuülich verwaltete Nachweise eintreten.

Dieser Umwälzung der Stellungnahme gegenüber der Institution des Arbeitsnachweises haben die Unternehmer vielfach dahin ausgedrückt, daß die Gewerkschaften nunmehr auf Umwegen zu erreichen juchten, was sie andern nicht hätten durchziehen können. Nämlich die ausschließliche Beherrschung des Arbeitsmarktes und die Dienstvermittlung dieser Einrichtungen für ihre, das heißt der Arbeiter Interessen. Wäre dies der Fall, wir brauchen die Gewerkschaften deshalb wahrlich nicht entschuldigen; es ist das gute Recht, sein die Pflicht der Gewerkschaften, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Auf dem Arbeitsnachweis-Kongress, der am 27. und 28. Oktober in Breslau abging, wurde bei dem Punkte: Einleitige Arbeitsgeber- und Arbeitsnehmervereine auch die Frage der Parteilichkeit in der Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit erörtert. Dr. Köppler und Regierungsrat Dominikus (Straßburg) referierten hierüber. In der Diskussion traten die folgenden prominenten Generaldirektoren der Arbeitsvermittlungsberechtigten Klagen an. Die organisierten Arbeiter verweigerten es ausdrücklich, ihren Einfluß auch in dem öffentlichen Arbeitsnachweisen auszuüben; sie seien erstig, gänzlich wehrlos. Den großen Jubel auszulösen, das so schon einen erheblichen Teil ihrer Lebenszeit dem Interesse des Gemeinwohls widmen (?!), könne man nicht erwarten, täglich am Orte Standes auf dem Nachweis zu sitzen.

In einem Generalbeschlusse, deren Aufgabe es ist, die Interessen des öffentlichen Gemeinwohls zu fördern und nicht zu behindern, sondern sie zu fördern, ist die Forderung der Parteilichkeit in der Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise ausdrücklich abgelehnt. Die volle Macht der Gewerkschaften ist daran zu erkennen, daß sie keine ihre Forderungen nicht mehr auf dem Wege der Arbeitsnachweise durchzusetzen brauchen. Sie haben die Unternehmer gezwungen, auf dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu verzichten, auf dem Nachweis eine Regelung zu treffen.

Das Verhalten des Arbeiters zu den öffentlichen Nachweisen kann nicht und soll nicht dem Willen dieser Institutionen des Staates und Arbeitgeber. Von dem Willen dieser Nachweise besteht jenseitig die sog. „Dienstvermittlung“, sondern bei einem Stande die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung nicht anders erhalten wird, aber dem Willen der Arbeiterschaft. Die volle Macht der Gewerkschaften ist daran zu erkennen, daß sie keine ihre Forderungen nicht mehr auf dem Wege der Arbeitsnachweise durchzusetzen brauchen. Sie haben die Unternehmer gezwungen, auf dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu verzichten, auf dem Nachweis eine Regelung zu treffen.

Es wird nicht möglich sein im Rahmen eines kurzen Beitrages dieses Gegenstande erschöpfend zu behandeln; so viel hier, daß der Arbeiter niemals auf die soziale „Parteilichkeit“ einzugehen hat. Das ist unvermeidlich, das ist die Voraussetzung der gewerkschaftlichen Forderung, die soziale Parteilichkeit nicht auszuüben, sondern sie nur bei der öffentlichen Gemeinnützigkeit zu üben, was sie in die

Arme der russischen Gendarmen fallen müssen. Das ist Parteilichkeit etwa nach dem Grundhof: Was die Welt zugrunde gehen, wenn nur die Gerechtigkeit gerettet ist. Die Unternehmer haben dann nicht mehr nötig, schwarze Listen zu führen, diese Verwaltung nimmt ihnen der öffentliche Arbeitsnachweis ab. Auf diese Weise wird die Parteilichkeit zu einer Art Feilich, dem schließlich auch die Wohlfahrt Tausender von Arbeitern geopfert werden muß. Die Herren vergessen dabei ganz, daß eine wirkliche Parteilichkeit schon auf der ersten Welle steht. Der einzelne Unternehmer hat ungleich viel mehr wirtschaftliche Macht, als der einzelne Arbeiter. Diese können erst durch die Organisation, oft auch nur ungenügend, dem Einfluß des einen Unternehmers ein Gegengewicht bieten. Schließen sich die Unternehmer zu einer Organisation zusammen, so haben sie wieder einen bedeutenden Vorsprung vor den Arbeitern. Die automatische Anwendung der Parteilichkeit ist darum nicht ohne weiteres anwendbar, wenigstens dann nicht, wenn man den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächeren dienen will. Die ganze soziale Gesetzgebung beruht auf dem Gedanken, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden müsse.

Die parteilich verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweise sind bisher von der organisierten Arbeiterschaft in jeder Weise gestiftet und gefördert worden. Sie ist Trägerin dieser Institutionen gewesen, eingehlich sie ihnen ihr Vertrauen, so werden diese Einrichtungen ein erheblich Teil ihrer Bedeutung verlieren. Von den anwesenden Vertretern der Arbeitnehmer wurde denn auch sofort erklärt, daß mit der Durchführung einer solchen Maßregel das Interesse der Arbeiter an den parteilichlichen Arbeitsnachweisen vorbei sein werde.

Ein Nachspiel zur Werftarbeiterbewegung.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Der gewaltige Kampf auf den See- und Schiffswerften hat mit materiell befriedigendem, moralisch hochbedeutendem Erfolg für die Arbeiter geendet. Es ist zum Teil mehr erreicht worden, als zunächst selbst gute Optimisten zu hoffen wagten. Noch mehr wäre aber wahrscheinlich erzielt worden — das muß auch einmal ausgesprochen werden, wenn nicht in den vorhergehenden Jahren schärfter, gerade den Schiffbau ungenügend mitleidender Krise immer wieder einige Werftorte und Werftarbeitergruppen trotz zum Teil völlig ungenügender Organisationsverhältnisse sich den straff organisierten, kapitalkräftigen Werftgewerkschaften gegenüber ungleichem Kampf gestellt, die eigenen Organisationen zu saulen Frieden gezwungen, hinterher nach allen Regeln des Unterhandes beschimpft und dadurch das Machtgefühl der Unternehmer und ihre Unterdrückung der gegenüberstehenden Gewerkschaften ungebührlich gesteigert hätten. Eine wirklich kluge, auf Ueberlegung basierende Taktik hätte Bremen, Kiel, hätte Stettin und Mannheim unjungen Angelegenheiten vermieden und dafür die Genugtuung im Jahre auswärts gehender Konjunktur 1910 noch weit erfreulicheren Gewinn aus dem Unternehmertum herauszuholen. Jene Superklagen, die sich nicht genug um können in der Verkleinerung des faktischen Ertrugens, haben alle Ursache, an ihre eigene Rolle zu fallen und bei Lösung der Schulfrage ja die hochgeschätzte eigene Perion nicht zu vergeffen. Jene ichönen Millionen, die um ihrer Einfachheit, um ihres Eigenfinns willen in Kämpfen verpulvert wurden, die jeder vernünftige Mensch von vornherein als ausfichtslos erkennen konnte, hätten heuer ein Gewicht in der Entscheidung über die Friedensbedingungen dargestellt, das den Ausschlag weit mehr zu den Arbeitern herübergedrückt hätte, als leider in Wirklichkeit geschah.

Der täglich Gelegentlich hatte, den Gang der Dinge und die treibenden Kräfte aus allernächster Nähe zu beobachten, der mußte loptischstündlich erkennen, daß bei recht vielen moralisch für den Ausgang mitverantwortlichen Leuten der Drang übermücherte, wider bessere Erkenntnis, wider alle Logik, allen Geboten der Vernunft und der Humanität zum Hohn, zum „Kampf unter allen Umständen“, zum „Kampf um des Kampfes willen“ zu treiben. Der Ausgang war ihnen nicht, der Kampf alles! In Kaufland hatten ja auch, wie ihnen glaubhaft schien, die Arbeiter geradezu märchenhafte Erfolge erzielt, Erfolge, vor denen die berzuehewußt geleiteten deutschen Gewerkschaftsbewegung bestaunt ins Rauwieloch kriechen mußten, erzielt, gerade weil und als sie noch so gut wie gar nicht organisiert waren. Da mußte man doch im vorgezeichneten Zeitraumb mindestens mit Siebenmeilenstiefeln ganze Entwicklungspetionen elegant überfliegen können, wenn man nur wollte, wenn man nur, Ruhland flüchtig kopierend, in unermühten Guerillakriegen, in fortwährenden Beunruhigung den Unternehmern auf den Leib rückte, trotz Kritik und vertrauten auf die schwache Organisation, die ja auch eben Wunderdinge vollbringt, während sie den bleibenden Erfolg systematischen Strebens großmütig den „pedantischen“ Bauarbeitern einer starken Organisation überläßt. Dieser Bahnweg wird gepredigt in einer Weise, daß man im Zweifel war, ob der Eifer oder die Feindschaft größer sei. Das hervorsteckendste Merkmal dieser selbstmörderischen Propaganda war eine geradezu skandalöse Hege gegen alles, was Verbandsleitung und Verbandsbeamtete heißt. Den Unternehmern nicht minder wie den individualistischen Quertreibern, die bei allen großen Bewegungen händelhaft Gräber zu entweihen trachten, muß das Herz im Leide gelacht haben, wenn sie sahen, wie da ihre Schwärme so gänzlich losentloset und gründlichst bejodigt wurden! Somet eing die ungläubliche Blindheit und Tattschonverleugnung, daß — heute darf das wohl unbedenklich gesagt werden — allen Ernstes den fähigen Plan schmiedete, den kämpfenden Bauarbeitern durch gleichzeitige Eröffnung des Kampfes auf den Werften „zur Hilfe zu kommen“ und daß es Maße kostete, gewissen Leuten wenigstens diese beispiellose Torheit auszureden!

Man ist der große Kampf beendet, nicht mit vollem Erfolge, den keiner erwartete, wohl aber zu unserer Zufriedenheit, und künftige bessere Ergebnisse verheißend. Und das ist erzielt worden auf Grund der wohlüberlegten Taktik einer in sich gestifteten, starken Organisation. Da erfahren wir nun, daß um ein Haar jene oben gechilderten Männer des „Kampfes um seiner selbst willen“ es fertig gebracht hätten, den Gang der so günstig verlaufenen Verhandlungen durch einen dummen Streich zu führen, ja, viellecht zu beenden, der ebenfalls bei irrtümlichen Sabotagefreunden verzeihlich scheitern könnte, im vorliegenden Falle aber eine geradezu verbrechenliche Verunstaltung bedeutete hätte. Die Sache liegt so:

Während schon in Berlin die Verhandlungen mit der Arbeitgeberzentrale schwebten, ja, bereits ihrem geüblichen Ablauf sich schlich näherten, sagte die Ortsverwaltung Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Beschluß, „um auf die verhandelnden Unternehmer einzuwirken“, an einem Wochentage, nachmittags um 4 Uhr, also während der Arbeitszeit, eine allgemeine Mitgliedsversammlung abzuhalten, in der Beschlässe gefaßt werden sollten, die nicht nur die Regelung der Ertragsbeiträge während der drohenden großen Ausperrung, sondern auch die Zahl — Verlassen der Betriebe, sobald 40 Prozent ansageperrt, durch die restlichen 60 Prozent — also Dinge so wichtiger Natur betrafen, daß eine einzelne Zählstelle niemals einleitig, auf eigene Faust, darüber entscheiden kann und darf. Selbstverständlich verbot der von dem schiedlichen Vorhaben in Kenntnis gesetzte Hauptvorstand die Versammlung und der verantwortliche Beamte der Ortsverwaltung, Genosse Jhle, verzweigte demgemäß die Durchführung des Beschlusses, der auch dem Status zumbesteht. Der Unfuss ist also glücklicherweise nicht zur Tat geworden, die Verhandlungen sind ungehindert zum guten Ende geführt worden.

Es bedarf nur noch weniger Worte, dazuulegen, warum der Beschluß eine unehrenhafte Torheit bedeutet, gegen die vor allem auch die anderen am Kampfe beteiligten Gewerkschaften ganz entschieden hätten Vorkaution einzulegen müssen. Es ist ein einfaches Gebot des Anstandes und der Logik, während schwebender Verhandlungen nichts zu unternehmen, was den Charakter der Feindschaft trägt. Daß dies bei der Abhaltung einer Versammlung während der Arbeitszeit der Fall ist, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Sie bedeutete — das weiß jeder, der Metallindustrie und Metallindustrie kennt — nichts

als die sofortige Uebertragung des Kampfes zunächst auch auf die streikfreien hantuarischen Betriebe. Sie bedeutete weiter, weil sie eine unnütze Provokation involvierte, auch den Verzicht auf die Sympathie weiter Kreise, die bis dahin ungewisselhaft von der Berechtigung des Kampfes voll überzeugt waren. Es ist ferner natürlich immer unklar, während der Verhandlungen mit vollen Boden auszubalen, daß man eventuell das und das tun werde. Als ob die Metallindustriellen, mit denen in Berlin verhandelt wurde, nicht ganz genau gewußt hätten, wie die Dinge standen, was folgen müßte bei einer weiteren Ausbreitung des Kampfes! Endlich lagen doch aber auch die Dinge so, daß nicht einmal die Metallarbeiter in sich einzig waren in der Ueberzeugung von der Nützlichkeit des „Schachzugs“. Weiter haben es gewisse Elemente innerhalb der Hamburger Metallarbeiterchaft ja so weit gebracht, daß die einzelnen Gruppen sich fast wie feindliche Heere gegenüberstehen!

Man hat sich aber im Anschluß an jene Vorgänge ein weiteres abgefeilt, der beweist, daß in diesen unverantwortlichen Treibereien nicht die Sympathie und Sympathie liegt. Und deshalb ist es Pflicht aller Gewerkschaften, rechtzeitig Front zu machen, um sich vor künftigen unabwehrbaren Schäden zu sichern.

Die Mehrheit der Ortsverwaltung Hamburg des Metallarbeiterverbandes hat beschloffen und nach einmaliger Ablehnung ihres dahingehenden Antrags in einer zweiten Versammlung: „... Anwendung von mehr als vermittelnden Mitteln — man ließ s. B. einen Vertreter des Hauptvorstandes vor der Abstimmung nicht zum Wort — mit einer kläglich kleinen Mehrheit durchzusetzen verstanden, daß dem Genossen Jhle, dem man Fähigkeit und Fleiß nicht abzuspochen wagte, gekündigt wurde, weil er in Wahrung des Verbandsstatuts und in Befolgung der statutenmäßig gegebenen Anordnung des Hauptvorstandes sich geweigert hat, der Ortsverwaltungsmehrheit zu „gehörchen“ und jenen unruhigen Beschluß durchzuführen. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Franz, hat mit Recht in diesem skandalösen Vorgang eine Maßregelung schlimster Art erklart und seine Stellung gekündigt. Die Posten sind bereits ausgefüllt.

Man ist innerhalb der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre schon manches gewohnt geworden und hat manche Ungerechtigkeit miterlebt, die der Bewegung nicht zur Herbe gerichtet, hier muß aber gesagt werden: „Höher geht's nicht! Es ist hier ganz von der persönlichen Seite der Sache abgesehen! Das werden die Gegner schon ausnutzen! Und man kann's ihnen wirklich nicht verdenken, wenn sie sich den fetten Hapfen schmunzelnd zu Gemüte führen. Grund und Form der Maßregelung sind so geartet, daß die Arbeiterpresse spaltenlange Kritik daran stiften würde, hätte ein Kapitalist so gehandelt! Aber mindestens so bedenklich ist die sachliche Seite! Wohin kommen wir denn mit unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, wenn die reichlich erwogenen Bestimmungen der Statuten, wenn die sorgfältig überlegten Beschlässe, der Vorstände, der Werks- und ähnlicher verantwortlicher Kommissionen jederzeit von einer einzigen Zählstelle, ja von der Zufallsmehrheit einer beliebigen Ortsverwaltung über den Haufen geworfen, wenn aufgeteilt, ausfichtsreiche Bewegungen der Spielball gewissenloser Spielerei, phrasentruener Demagogie, schenrabiler Unverantwortlichkeit werden sollten? Wohin kommen wir, wenn wir an die Stelle einer gefunden, ihre leitenden und verantwortlichen Instanzen nach Können und Eifer bestimmenden Demokratie eine wüste Oligokratie legen, in der jeder entscheidet und jeder oder vielmehr gar keine Verantwortung trägt? Wollen wir denn wirklich die Entscheidung über Sein und Nichtsein unserer Organisationen, über Wohl und Wehe unserer Kollegen dem blinden Zufall preisgeben, sie von Stimmungen und Aufwallungen abhängig machen? Oder wollen wir nicht doch lieber uns erhalten, was weit mühsamer aufgebaut wurde, als gewisse rachsüchtige Maulhelden ahnen, wollen wir nicht lieber die Ueberlegung, die Berechnung, den Verstand, die Erfahrung, die so —, entscheiden lassen? Unsere Organisationseinrichtungen, unsere Statuten sind doch nicht von ungefahr entstanden, sie sind der Niedererschlag langjähriger Arbeit und Beobachtung Tausender unserer Wesen, das Ergebnis von Kämpfen und Niederlagen, Erfolgen und Mißerfolgen. Sie zu jeder Stunde außer Kraft legen dürfen, heißt sie überflüssig machen, heißt all die alten Fehler und Miskariffe, die zu den heutigen Sagenungen Anlaß gaben, in ihre Rechte wieder einsetzen, heißt, über die ganze Vergangenheit einen dicken Strich machen! Und wem zuliebe? Unverantwortlich und unüberdauter Weisheit, die in unreifen und aberreiferen Sinnen Vermierungen anrichtet! Theorien, deren Vertreter sich gegenseitig fressen und für Ignoranten erklären! Einer Taktik, deren Beteiligung man dort, wo sie dominiert, als Aufgabe aller klarer sehenden Köpfe ansieht!

Was uns da zugemutet wird, ist nichts weiter, als ein „revolutionär“ geschminkter Rückschritt allergewöhnlicher Sorte, der wirklich nicht dadurch gerechtfertigt wird, daß er in äußerlicher Duppigkeit und perfidenen Bosheiten und Grausamkeiten exzessiert. Wenn es ernst ist um unsere Gewerkschaft, der bedauert sich für dergleichen, und zwar mehr entschieden, als höflich!

Der Fall Jhle ist ein Mahnruf an alle, die es angeht, auf der Hut zu sein, daß nicht heroftrastische Naturen den Tempel in Brand legen, der auf unserer Arbeit ruht, an dem unser Schweiß fließt, und der unsern Stolz bildet!

Reich, fromm und . . . ?

In seinem Buche „Unter dem Scheinwerfer“ stellt Regierungsrat a. D. Martin die größten Vermögen in Deutschland nach amtlichen Quellen zusammen. Danach besitzen:

Frau Berta Krupp von Bohlen . . .	187 Mill. Mark
Herr Henkel von Donnersmarck . . .	177 „
Herr von Uff . . .	151 „
Herr von Rothschild (Goldschmidt) . . .	107 „
Herr Pleß auf Farnstein . . .	84 „
Herr Thiele-Winler . . .	74 „
Kommerzienrat Henrichel (Polomotivfabrik Kassel) . . .	46 „
Prinz Sothenlohe-Jungelingen . . .	40 „
Graf Schaffgotsch . . .	20 „
Graf Ballestrem . . .	18 „

Bis vor einem Jahre rangierte zwischen diesen noch der inzwischen verstorbene Geheimte Kommerzienrat Mendelssohn-Vartholdy in Berlin mit 43 Millionen Mark und der Graf des Hauses Bleichröder, Gerson v. Bleichröder, mit 36 Millionen Mark. Ihre Vermögen sind nach dem Todesfall in mehrere Hände gefallen und dadurch etwas zerstückelt. Abgesehen davon leben in Berlin noch 6 Personen mit einem Vermögen von 30 bis 40 Millionen Mark, deren Namen sich an der Hand der Statistiken nicht genau feststellen lassen, zu denen aber sicher die Herren Friß v. Friedländer-Fuld (Firma Emanuel Friedländer u. Co.), Arnold (Casar Wolfheim) und Koppel (Auer-Gasglühlicht), wahrlich auch die Herren James Simon (Zerufirma Gebr. Simon) und Arnold v. Siemens (Siemens u. Halske) gehören. Aber selbst die fünf reichsten Berliner, von denen die beiden ersten ihr Vermögen auch dem obersteilichen Fohlenhandel verdanken, reichen noch nicht an das Vermögen des einzigen Fürsten Henkel v. Donnersmarck heran.

In Nr. 263 vom 9. November 1910 brudte die „Volkswacht“ in Breslau diese Zusammenstellung ab und erwähnte dabei, daß der in der Liste aufgeführte Graf Schaffgotsch seinen Arbeiter

zum Katholikentag in Breslau 1909 einen Prozentsatz gestellt und jeden Teilnehmer mit 5 Mark beschenkt habe.

Dann heißt es weiter:

„Da bringt ein „Eingeländt“ im „Boten“ aus dem Rhein-gebirge einen gewissen Richter in dies gläubig-katholische Joch. Die Herrschaft Schaffgotsch hat ihren vortierlich entlohnenden Waldarbeiter einen Lohnabzug ausgeübt. Für den Raummeter wurde bisher 80 Pf. Schlaglohn bezahlt, fortan sollen es nur 60 Pf. sein, für harte Plätze wurde bisher 1 Mark gezahlt, in Zukunft auch nur 80 Pf. Und als die Arbeiter sich darüber beschwerten, erhielten sie den Bescheid, daß einzelne von ihnen bei 13 ständiger Arbeitszeit 4 Mark pro Tag und mehr verdienen haben — und das sei ja viel! Vier Mark — das ist zu viel! Groß Schaffgotsch hat 20 Millionen Mark Vermögen, die Holzungen bringen ihm Hunderttausende, aber 4 Mark für die Waldbarbeiter — das ist zu viel! Im Winter- und Regentagen fällt der Verdienst manchmal unter 1 Mark oder ganz aus — der Verdienst der Herrschaft, der hört ja immer auf! Drum tröstet auch, katholischer Waldbarbeiter! Sie mussten und wollten die Arbeit niederlegen. Da hat man ihnen mit der Entlohnung von Eichen gezwungen, und da sie nicht von Haus und Hof getrieben sein wollten, kriechen sie wieder ins Joch.“

Die Herrschaft Schaffgotsch aber ist nicht auf halbem Wege stehen geblieben. Sie, die Herrschaft, fast des ganzen Rhein- und Mosellandes, mit 24 000 Hektar Land, kündigt für ihre sechs Oberforstverwalter Schreiberhau, Fernsdorf, Gierdorf, Petersdorf, Hilsberg und Wiersdorf die Erhöhung der Holzpreise um 75 Prozent an. Damit die im Lande, die nicht in Brot und Lohn stehen bei diesem Magnaten, an den teuren Holzpreisen auch etwas haben!

Agitation auf dem Lande.

Die Großbetriebe in den Städten und speziell die Papier- und chemischen Fabriken erhalten zum großen Teil die Arbeiter vom Lande. Oftmals sind in einem Betriebe Arbeiter aus zehn und noch mehr Ortschaften der Umgebung vertreten. In solchen Betrieben stehen meist die Löhne noch sehr tief, weil eine so zerstreute wohnende Arbeiterkraft schwer unter einen Hut zu bringen ist. Betriebsversammlungen verlagern oft ganz, weil nur die in der Nähe wohnenden Arbeiter diese Versammlungen besuchen und auch von diesen meist nur die organisierten. Die große unorganisierte Masse, auf die es doch ankommt, die gewonnen werden soll, fehlt. Die meisten haben weite Wege bis nach Hause und wollen sich nicht aufhalten, andre müssen den Zug benutzen und haben, wenn sie den nicht erreichen, einen viele Stunden weiten Weg. Aber auch die Besuche, in den verschiedenen Orten für die Arbeiter der betreffenden Betriebe Versprechungen an Sonntagen abzuhalten, sind bei uns meist gescheitert. Wenn es gut geht, zwei, drei Ausnahmen, das ist aber auch alles.

Dann bleibt uns noch ein Mittel: die „Hausagitation“. Kommen die Arbeiter nicht zu uns, so muß man eben zu ihnen gehen. Das ist aber eine Arbeit, bei der der Leiter der Organisation allein nicht viel ausrichten kann; er braucht hilfsbereite Mitglieder. Zweckmäßig ist dabei, daß mehrere Ortschaften an einem Sonntag zu gleicher Zeit bearbeitet werden, um eine größere Anzahl Arbeiter eines Betriebes zu gewinnen, dieses hat zur Folge, daß jedes neu eingetretene Mitglied dann befreit ist, die andern noch nicht Gewonnenen der Organisation zuzuführen. Auf diese Art wird ein Betrieb in kurzer Zeit organisiert, und dem Verband ist es eher möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Aber leider fehlt es an Kräften, die sich dieser Arbeit unterziehen, so daß meist Sonntags oft kaum eine Ortschaft vorgenommen werden kann. Es werden dabei dann nur einzelne Aufnahmen gemacht und diese werden im Betriebe von ihren Mitarbeitern nicht darin bestärkt, der Organisation treu zu bleiben; sie gehen nach einigen Wochen wieder verloren. Es muß immer mit der Selbsttätigkeit gerechnet werden, denn immer ist die Ursache bei der Hand: „Was nützt es, wenn ich mich organisiere und das Geld bezahle und die andern machen nicht mit, da zahle ich mein Geld umsonst.“ Die Agitationsarbeit ist also vollständig vergebens gewesen.

Würden sich viele Kollegen an der Hausagitation beteiligen, so wäre es nicht nötig, Sonntag für Sonntag in den Ortschaften herumzuspringen, der einzelne würde die Sonntage nicht alle zu opfern brauchen. Mit wenig Arbeit würde viel geleistet, viel für die Zahlstelle und viel für die Arbeiter im Betriebe. Es gibt genug Kollegen, die da jammern, daß sie nun schon so lange organisiert sind, und doch kann in ihrem Vertriebe nichts geschehen, weil eben die andern fehlen. Was die Schuld ist, ist hier ausgeführt worden. Es liegt an den Kollegen selbst, weil sie die Hände in den Schoß legen und warten, daß die gebrauchten Tauben von selber in den Mund geflogen kommen. Größere Zahlstellen haben gewiß befähigte Kollegen genug, die sich an der Hausagitation beteiligen könnten, aber die Kollegen opfern nicht gern einen Sonntag, und wenn sie einmal dazu aufgefordert werden, mitzugehen, sagen sie nicht etwa, daß sie nicht wollen, sondern sie bekennen sich als Gegner der Hausagitation. Sie behaupten, es sei lächerlich, wie ein Versicherungsagent von Haus zu Haus zu rennen und Mitglieder zu gewinnen. Ihre Meinung ist, daß bei denen, die nicht von selber kommen, Hoffen und Mark verlorene ist. Ja sie üben noch Kritik an den Besprechern der Hausagitation.

Wenn sich die organisierten Kollegen überlegen würden, daß kaum damit zu rechnen ist, daß sich die Arbeiter vom Lande von selber zur Organisation finden, dann würden sie ihren Standpunkt sehr schnell aufgeben. Man muß bedenken, daß diese Arbeiter in der ganzen Woche kaum einmal eine Zeitung zur Hand nehmen; sie kümmern sich um gar nichts, lesen nicht einmal ein Flugblatt, sondern leben nur so in die Welt hinein und schimpfen nur ab und zu wie die Mohrräucher, daß die Zeiten so schlecht sind. Es ist aber unangenehm, wenn dann die organisierten Kollegen über die nicht-organisierten schimpfen, weil diese jeden Fortschritt im Betriebe hindern.

Bei der Agitation auf dem Lande ist noch ein Uebelstand zu verzeichnen, das sind die kleinen Zahlstellen, die es nicht für nötig halten, sich mit den größeren zu verschmelzen. In einzelnen Betrieben sind oftmals Mitglieder aus einem halben Duzend Zahlstellen vertreten, trotzdem nur ein geringer Prozentsatz der Arbeiterkraft organisiert ist. Aber anstatt daß die Mitglieder nur sorgen sollten, ihre Einigung herzustellen, liegen sie sich argen feilig in den Haaren. Die eine Zahlstelle erhebt einen Vorkaufvertrag von 10 Pf., die andre von 5 Pf., die dritte gar keinen. Dadurch ist dann die Agitation erschwert. Versuchen die großen Zahlstellen einmal, in so einem Vertriebe zu agitieren, so steigt bei den andern auch schon der Verdacht auf, ihre Selbstständigkeit komme in Gefahr. In einer Zahlstelle in der Nähe Mannheims kann man die Entwicklung nach rückwärts bei der Selbstständigkeit sehen. Diese Zahlstelle hatte im 2. Quartal 1907 201 und im 3. Quartal 1910 97 Mitglieder. Fast alle diese Mitglieder arbeiten in Mannheimer Vertrieben. Daß von einer Agitation in einer solchen Zahlstelle nicht geredet werden kann, liegt auf der Hand. Die Agitation, die von Mannheim aus betrieben wird, kann sich aber nur auf die Betriebsversammlungen beschränken und, wie schon oben ausgeführt, ist uns damit nicht gebietend. Hoffentlich kommen bald alle Kollegen zu der Einsicht, daß alles ernstlich werden muß, was die Agitation erschwert. A. F., Mannheim.

Aus der chemischen Industrie.

Die Zündholzsteuer und ihre Folgen.

Die Folgen der Zündholzsteuer sind für die in der Zündholzfabrikation beschäftigten Kollegen unheimlich geworden. Der Verbrauch von Zündhölzern ist durch mannigfache Einwirkungen seit Inkrafttreten der Steuer zurückgegangen. Einmal ist eine bedeutende Sparfameit Ursache vom Rückgang

des Verbrauchs. Das früher ironisch angewandte Sprichwort: Wer sparen will, beginnt bei den Streichhölzern, hat seinen ironischen Unterton verloren. Sparfameit bei den Streichhölzern hat heute wirklich materielle Bedeutung erlangt für die Verbraucher, ist leider aber eine Ursache des Ruins für den Industriezweig geworden.

Kurz vor am Inkrafttreten der Steuer hat die Bevölkerung sich nach Kräften Vorrat in Zündhölzern angelegt. Für Kaufleute, Wirte, Privathaushaltungen, ergab es sich als nützlich oder Geld ersparend, sich den Verbrauchbedarf für lange Zeit hinaus zu decken. Dann haben Erzeugnisse vielfach die Rolle des Streichhölzchens übernommen. Zum dem zu Großvaters Zeiten üblichen Stahl und Zündschwamm brauchte in der Gegenwart nicht ge-griffen zu werden; der Leinwand war es ein leichtes, Ersatzmittel für das Streichholz zu schaffen. Millionenfach sind diese Ersatzmittel abgesetzt worden, und sie werden noch steigenden Absatz finden. Der Verein deutscher Zündholzfabrikanten schätzt den Rückgang des Jahresumsatzes an Zündhölzern auf 60 Prozent. Es ist kaum anzunehmen, daß er übertreibt. Unter Berücksichtigung dieser Ziffern kann man es sich leicht ausmalen, wieviel Elend und Not dieser Abschnitt der Finanzreform für die Arbeiterkraft der Zündholzindustrie geschaffen hat. Arbeitslosigkeit, unzulänglicher Verdienst, lokaler Rückgang des Lohnes auch für Arbeiter, die gar nicht in der Zündholzindustrie beschäftigt sind, sind die Elendsboten, für welche die letzte Finanzreform fluchwürdigen Verdienst der Ausgangspunkt bildet.

Bereits in diesem Jahre hat der Reichstag zu den Klagen und Nachschreien aus der Zündholzindustrie Stellung genommen gelegentlich der Beratung einer Petition des katholischen Arbeitervereins in Habelschwerdt, welche warme Fürsprache des Kollegen Brey fand. Hilfe ist bislang durch die Reichsregierung nicht gekommen. Es muß also die Not der Hungernden, darben den Zündholzarbeiter den verbündeten Regierungen erneut ins Gedächtnis gerufen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer ersten Sitzung am 22. November beschlossen, beim Etat des Reiches die Unterstützung der Zündholzarbeiter zu fordern. Wir wollen sehen, wo und wer die Volksvertreter sind, die es mit ansehen können, daß einmal ganze Gegenden, in denen die Zündholzindustrie vorherrschend ist, veröden, und die Arbeiter der Verelendung zum Nutzen und Frommen der Reichsfinanzen überantwortet bleiben.

Inzwischen kommen auch die Zündholzfabrikanten und bestürmen die Volksvertretung mit dem Drängen um Abhilfe. Energetische Wehr gegen Einführung der Steuer wäre zweckmäßiger gewesen.

Der Verein deutscher Zündholzfabrikanten fordert in einer Eingabe vom 6. November dieses Jahres die Ausdehnung der Hundwaffensteuer auf die Zündholzgerätmittel. Das heißt, die heillosen Folgen einer industrieruinösen Steuer auf eine andre Betriebsart auszudehnen, ihr ein größeres Feld der Verheerung zu geben. Auf diesem Wege kann man dem Verein deutscher Zündholzfabrikanten unmöglich folgen.

Der Verein wünscht ferner, und nicht mit Unrecht, daß die Kontingentierung erweitert wird in dem Sinne, daß die Uebertragung der nicht zum Umsatz gelangenden Mengen von einem Jahre zum andern gestattet ist und im sechsten und folgenden Jahren die Mengen, welche in den vorausgegangenen fünf Jahren Absatz nicht fanden, zu einem 20 Prozent niedrigerem Satze versteuert werden.

Eine andre Forderung des Vereins deutscher Zündholzfabrikanten zeigt, daß ihm die Interessen der geplagten Arbeiter weit hinter den eigenen zurückstehen. Denn eine Verwirklichung der Forderung würde für die Betroffenen die Not und den Jammer noch verstärken. Es wird nämlich die Uebertragung des Kontingents von einer Fabrik auf die andre gefordert. Das heißt, es soll ermöglicht werden, daß eine Fabrik der andern ihr Erzeugungsanteil verkaufte und den eigenen Betrieb einstellt. Also Stilllegung eines Teiles der Fabriken. Die leistungsfähigsten Betriebe würden die Möglichkeit erhalten, die ganze Erzeugung zu ihrem Monopol zu machen; die Arbeiter der ausgelassenen Betriebe werden dann aber vollständig existenzlos gemacht. Das Interesse der Fabrikanten, ihre nicht beneidenswerte Lage in voller Verwirklichung, aber zu einer solchen „Enteignung“ kann man sich unmöglich verstehen, wenn man nicht mit dem Wohl und Wehe der Arbeiter Schindluder treiben will.

Dann fordern die Herren ein Staatsmonopol unter Entschädigung von Fabrikanten, Beamten und Arbeitern, und für den Fall, daß für diese Forderung auf Annahme nicht zu rechnen ist, ein Betriebsmonopol. Das letztere wird der drängendste und heißeste Wunsch sein. Ihm ist der folgende Entwurf mit auf den Weg gegeben.

Entwurf

der Gründung einer Aktien-Gesellschaft sämtlicher Zündholzfabriken Deutschlands unter Monopolarbeit des Staates.

In Deutschland sind circa 50 Zündholzfabriken vorhanden. Diese 50 Fabriken sind mit circa 750 Kisten täglicher Produktion von Staats wegen kontingentiert, was bei 300 Arbeitern im Jahre eine Gesamtproduktion von 225 000 Kisten a 10 000 Schachteln ausmacht; hieron werden schätzungsweise 5000 Kisten exportiert. Diese Produktion kann selbstverständlich noch nicht für die folgenden Jahre gelten, sondern es ist anzunehmen, daß

im 1. Jahre mit 60 Prozent = 110 000 Kisten

2. „ „ 70 „ = 154 000 „

3. „ „ 80 „ = 176 000 „

4. „ „ 90 „ = 198 000 „

und vom 5. an „ 100 „ = 220 000 „

zu rechnen ist. Der Wert der Fabriken läßt sich für je 200 Tsd. Tages-Staatskontingent auf 40 000 Mk. veranschlagen. Hiernach würde der Preis für den Anlauf der circa 50 Zündholzfabriken mit einem Staatskontingent von je 750 Kisten pro Tag insgesamt betragen:

an Aktienkapital 30 000 000 Mark

Hierzu kommen für Betriebskapital 5 000 000 Mark

die in 4 1/2 Prozent Obligationen oder durch erste Hypotheken auf die diversen Fabriken verpfändet werden.

Diese 5 000 000 Mk. werden dem Uebertrager der Aktien-Gesellschaft an das Deutsche Reich von demselben übernommen.

Der Herstellungspreis stellt sich für 10 000 Schachteln auf rund 63 Mk., der durchschnittliche Verkaufspreis auf 240 Mk.

An Verwaltungskosten, Aufsichtskosten, Pension für Beamte und die Ausgaben auf gute Instandhaltung der Fabriken respektive Neuanschaffungen soll jeweilig mit 10 Prozent des Bruttogewinns gerechnet werden.

Die Zinsen auf die 5 Millionen Schulden belaufen sich jährlich auf 225 000 Mk.

Die Abfindungssumme an das Deutsche Reich soll betragen

im 1. Jahre	15 Millionen
2	20
3	23
4	26
5-10	29
11	30
12-15	34

Die prompte Zahlung der Abfindungssumme würde durch Berliner Großbanken garantiert werden.

Die Aktien der Aktien-Gesellschaft sollen ausgelost werden, und zwar soll dieses in circa 10-11 Jahren geschehen, anfangend vom 2. eventuell erst 3 Jahre.

Der Reingewinn wird vermandt:

1. für eine laufende Prozentanteils Dividende;
 2. für die Bildung des gesetzlichen Reservefonds bis zur gesetzlichen Höhe von 10 Prozent des Aktienkapitals;
 3. für Auslösung der Aktien zu 130 Prozent.
- Die Besitzer der ausgelosten Aktien erhalten Genussscheine. Sobald die sämtlichen Aktien der Aktien-Gesellschaft ausgelost sind, treten die Genussscheine als dividendenberechtigigt in Kraft, und wird dann der ganze Reingewinn verteilt.

Nach 15 Jahren des Bestehens der Aktien-Gesellschaft wird die Aktien-Gesellschaft dem Staat unentgeltlich übergeben, wenn das Deutsche Reich nicht vorzieht, gegen eine erhöhte Abfindungssumme eine Prolongation einzutreten zu lassen. Falls der Staat die Fabriken beansprucht, wird der vorhandene Reservefonds pro rata verteilt. Der Reichstag hat nun als Äquivalent hierfür das Staatsmonopol sofort zu erklären, indem die Aktien-Gesellschaft die Verpflichtung übernimmt, die festgesetzten und vom Bundesrat genehmigten Preise während der 15 Jahre nicht zu erhöhen, respektive nur um den Bruchteil, falls Arbeitslöhne respektive Rohmaterialien besonders erhöht werden sollten.

Der Detailpreis wird also auf 30 Pf. pro Pack a 10 Schachteln selbstverständlich normiert.

Erzeugnisse müssen versteuert werden, damit dem Konsum der Zündhölzer kein Abbruch getan wird. Außerdem müssen die Kontingente übertragbar sein.

Dieser Entwurf kann als Beweis gelten, daß die Finanzreform neben den bekannt gewordenen volkswirtschaftlichen Wirkungen auch der Monopolisierung und Verkrustung die Wege ebnet. Diese raubt den Einzelunternehmern das Bestimmungsrecht in ihrem Betrieb. Trotzdem spielen die Väter der Finanzreform sich auf als Beschützer der Existenz der Erwerbsstände und der nationalen Arbeit. Wir kommen auf den Entwurf selbst noch zurück.

× Innoble Handlungsweise.

Strafe muß sein. Dieser Gedanke scheint die Direktion der Dynamitfabrik in Schlabusch zu beherrschen. Als vor kurzem auf genannter Fabrik sich die Explosion ereignete, bei welcher das Ritterhaus in die Luft flog, entging der darin beschäftigte Arbeiter nur dadurch dem sicheren Tode, daß er in dem Augenblick der Explosion nicht in dem Gebäude anwesend war. Diese Errettung ward dem Mann insofern noch verhängnisvoll, als er vorige Woche entlassen wurde. Jedemfalls will auf diese Weise die Direktion einen Schuldigen prägen. Ob der Mann nach Ansicht der Fabrikleitung wirklich schuld ist, können wir nicht beurteilen, möchten es aber trotzdem bezweifeln, denn wer nur halbwegs die Verhältnisse auf den hiesigen Sprengstoffabriken kennt, der kommt zu einem andern Resultat. Es fordert die öffentliche Kritik geradezu heraus, wenn man hört, daß auf solchen Verleumdungen für einzelne Arbeiter noch die 24 stündige Schicht besteht. Hier möchte die Aufsichtsbehörde unbedingt einschreiten. Und wie steht es mit den Sicherheitsvorschriften? Werden diese befolgt? Man hat doch gerade diesen Betrieb für ungeschädlich gehalten, und trotzdem die Explosion. Wäre sie bei Tage geschehen, so hätten verschiedene Arbeiter ihr Leben lassen müssen. Auf diese Zustände möchten die Herren „Doktoren“ mal besser ihr Augenmerk richten, als darauf, auf welche Art und Weise man den Arbeitern ihren fauer, mit täglicher Lebensgefahr verdienten Hungerlohn noch weiter kürzt. Die meiste Schuld an diesen Zuständen tragen die Arbeiter selbst, denn so eine Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber, wie sie unter den Arbeitern der hiesigen Sprengstoffabriken herrscht, trifft man selten an. Noch meinen sie, es ginge ihnen gut, aber auch sie werden von diesem Glauben an die Arbeiterfreundlichkeit jener Herren noch gründlich kuriert werden. Möchte es nur dann nicht zu spät sein. Wie diese Arbeiterfreundlichkeit aussieht, das wird am besten dadurch bewiesen, daß die Arbeiter der Dynamitfabrik regelmäßig mit Subskribenten des „Reichsboten“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie überschüttet werden. Aber wir haben trotzdem die Ueberzeugung, daß gerade diese Arbeit jener Herren noch in ihr Gegenteil umschlagen wird und die Arbeiter dieser Werke noch einsehen werden, daß es ein Gebot der Pflicht ihren Angehörigen gegenüber ist, für Besserung ihrer Lebenslage einzutreten. Dieses kann nur erreicht werden durch Anluß an die Organisation, in diesem Falle durch Beitritt zum Fabrikarbeiterverband. Arbeiter der Schlabuscher Sprengstoffabriken, tut eure Pflicht und Schuldigkeit der Organisation gegenüber!

× Unfälle.

Doppelter Schädelbruch.

Am 24. Oktober wurde im Vertriebe der Firma Goldschmidt-Essen der 20jährige Arbeiter Müller dadurch sehr schwer verletzt, daß er mit seinem Kopfe zwischen eine unter dem Kran hängende Trommel und einen eisernen Tragpfeiler geklemmt wurde. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und schwere Gehirnerkrankung, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Geilbroun.** Seit vier Wochen stehen die Arbeiterinnen der Pumpenorientantlaststraße hier im Ausstand. Verhinderungen der Lohnverhältnisse und Mangel an Brot, der ältesten Kolleginnen war der Grund der Arbeitsunterbrechung. Alle Versuche, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an dem Starrsinn der Firma. Ein Versuch, durch das hiesige Gewerbegericht eine Einigung zur Beilegung des Streiks herbeizuführen, verlief ergebnislos. Die Firmendarsteller rufen heraus, daß sie auf nichts eingeben. Die Arbeiterinnen sind aber nicht gewillt, unter den obliegenden Verhältnissen die Arbeit anzunehmen, sondern sie wollen so lange ausdauern, bis ihren gerechten Forderungen Rechnung getragen wird. Arbeitswillige waren bis dato erwerbslos nicht zu verzeichnen.

Einen schönen und befriedigenden Erfolg brachte die Lohnbewegung der Arbeiterinnen der Firma P. Brudmann in Söbke hier. Durch Ueberwindung mit der Dissoziation kam ein neuer Tarif zum Abschluß. Die Löhne werden pro Woche für die einzelnen Arbeiterinnen um 1.50 bis 2.50 Mk. erhöht; er steigt jetzt bis zu 18 Mk. pro Woche für die einzelne Arbeiterin. In Betracht kommen 57 Arbeiterinnen, die schon jahrelang alle bei uns organisiert sind. Dies möchte ein Ansporn für die übrigen Arbeiterinnen sein, ihrer Organisation sich anzuschließen.

— **Mannheim.** Die Lohnbewegung bei der Fabrik technischer Produkt-Raumagen, J. P. ist mit Erfolg erledigt. Die älteren Arbeiter haben eine Lohnzulage von 5 Pf., die jüngeren Arbeiter eine solche von 4 Pf. pro Stunde erhalten.

Zwischen der Ort-Kassiererin und Pflanzenfabrik A. Kaufmann Söbke und unterm Verbands wurde am 21. November ein Tarif abgeschlossen, der wesentliche Vorteile für unsere Kollegen und

Kolleginnen vorliegt. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/4 Stunden, an den Sonnabenden 8 1/4 bzw. 8 Stunden. An den Vorabenden vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist 2 Uhr nachmittags Fabrikstillstand unter Fortzahlung des Lohnes. Für erwachsene Arbeiter beträgt der Anfangslohn 40 Pf., steigend bis zu 46 Pf., jugendliche Arbeiter erhalten mit 17 Jahren einen Anfangslohn von 30 Pf., steigend bis zu 38 Pf. Arbeiterinnen erhalten mit 18 Jahren einen Anfangslohn von 18 Pf., welcher sich auf 25 Pf. pro Stunde erhöht. Diese Löhne vergleichen sich bei einer zehnstündigen Ver- zählung. Die von den Arbeitern und Arbeiterinnen zurückgelegte Distanz wurde in Anrechnung gebracht. Ueberstunden werden bis 9 Uhr mit 25 Prozent, nach 9 Uhr mit 50 Prozent und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Bereits im Jahre 1907 wurden nach einer Vereinbarung mit der Arbeiterkassette ein Stundenlohn für erwachsene Arbeiter von 45 Pf. bezahlt. Infolge der Entlassung der Lohnkommission traten die Arbeiter am 16. Mai in einen wilden Ausstand ein. Erst am 19. Mai jahren sich die Arbeiter veranlaßt, die Organisationsleitung davon zu benachrichtigen. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen hatten Erfolg und konnte am 22. Mai die Arbeit wieder aufgenommen werden. Wer da nun glaubte, daß die Arbeiter an ihrer Organisa- tion festhalten würden, sah sich getäuscht. Die Folgen blieben nicht aus, denn die Firma machte sich die Uneinigkeit der Arbeiter zunutze und das Ende vom Liede war, daß die Firma es fertig brachte, erwachsene Arbeiter mit einem Stundenlohn von 32 Pf. ab- zupfeifen. Wiederholte Versuche, die Arbeiterkassette der Organisation zurückzugewinnen, scheiterten an der Unzufriedenheit der Arbeiter- kassette selbst. Erst durch die Gründung einer Sektion der Fette-, Seife- und Seifenindustriearbeiter ist es uns gelungen, die Arbeiter- kassette vollständig der Organisation zuzuführen.

Mit dem Abschluß dieses Tarifvertrages ist es nun unserer Or- ganisation gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 300 in den Pflanzenzettelabriken, „Eitel“, A.-G., vorm. Soff u. Reichenburg, S. Schindl u. Cie., A.-G., sowie A. Kaufmann Söhne beschäftigten Arbeiter und Ar- beiterinnen tariflich festzulegen. Von den abgeschlossenen Tarifverträgen laufen zwei am 1. Juli und einer am 2. August 1911 ab. Die Kollegen und Kolleginnen haben nun die Verpflichtung, die ihnen zur Ver- fügung stehende Zeit zum Wohle unserer Organisation auszunutzen, damit uns die Unternehmern im Jahre 1911 gerätet finden.

Bei den im Jahre 1910 geführten Lohnbewegungen, die sich auf die nachfolgenden Betriebe erstreckten, haben wir überall mit Erfolg abgeschlossen:

1. Verein Chemischer Fabriken, Jodrit Neustadt.
2. Chemische Fabrik Mainz u. Gumber.
3. Cohn u. Rheinauer, Fieberheide.
4. S. Schindl u. Cie., Pflanzenzettelabriken.
5. Verein Deutscher Zellulosefabriken (2 Betriebe).
6. Fabrik technischer Produkte F. Heß (Korkzettelabriken).
7. A. Kaufmann Söhne, Del-Kassette u. Pflanzenzettelabriken.

An der Lohnbewegung mit dem Verein Chemischer Fabriken, Fabrik Neustadt waren auch die Christlichen und Griech.-Dunderschen beteiligt. Auffallend für die Arbeiterkassette war, daß obwohl alle Organisationen um einen Bruchteil von Mitgliedern aufwiesen, je zwei Beamte der Christlichen und Griech.-Dunderschen zu den Verhandlungen erschienen und an den Verhandlungen teilnahmen, während die freien Gewerkschaften nur durch einen Angestellten ver- treten waren. Sämtliche anderen Lohnbewegungen hat unser Verband allein geführt. Tarifverträge fanden drei statt, während ein Tarif neu abgeschlossen wurde. Mit dem Verein deutscher Zellulosefabriken wurde wiederum eine Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß ab- geschlossen. In einem Falle haben wir den Abschluß eines Tarifs abgelehnt, weil die Zugeständnisse den Wünschen der Arbeiter nicht gelaufen entsprachen haben und der Allgemeine Arbeitgeberverband den Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages verlangte. Bei einer weiteren Firma soll erst die technische Umgestaltung des Betriebes abgewartet werden, ehe ein Tarifvertrag mit unserm Verband vereinbart wird. Alle erzielten Vorteile wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen usw. hier anzuführen würde zu weit führen, aber auf alle Fälle können wir mit den erfolgreich und auf friedlichem Wege in unserm Industriebezirk geführten Lohnbewegungen mit Stolz zufrieden sein.

Stuttgart-Rannstatt. Am 8. April dieses Jahres wurde mit der Firma Wismann, Palmbutterfabrik in Oberkürheim, ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Das Koalitionsrecht wurde darin anerkannt. Als Ende Oktober die Hochkonjunktur ein- setzten sollte, wurden 15 neue Arbeiterinnen eingestellt. Nach Verlauf von 14 Tagen jedoch, als die ersten Bestellungen auf Wärfel nicht eintrafen, da angeblich die Konsumenten die Butter lieber aus- gewaschen kaufen, wurden 10 der Beschäftigten gefeuert. Von diesen waren nur 4 der zuletzt eingestellten dabei, die anderen 6 waren längere, zum Teil schon mehrere Jahre bei der Firma beschäftigt. Die Kolleginnen fühlten sich deshalb benachteiligt, und das mit Recht, denn es befanden sich darunter drei Kolleginnen, die alles daran setzten, die Organisation im Betriebe nach weiter vorwärts zu bringen. Eine Versammlung beschloß daher, bei der Firma vorstellig zu werden und beantragte hiermit die Gehaltsleistung unserer Zahlstelle. Diesem Vertreter gegenüber wurden zunächst nichtige Gründe als Vorwand herbeigebracht und als diese als direkte Unwahrheit gekennzeichnet waren, wurde Arbeitsmangel vorgeschützt. Die wahre Ursache wurde jedoch sofort erkannt. Die Forderung: Ich will Ruhe haben in meinem Betriebe für diejenigen, die von der Organisation nichts wissen wollen, beweist, daß man die agitativen Kräfte hinausweisen wollte. Den Vorwand, daß die zuletzt Eingestellten zuerst zu entlassen, wies die Firma zurück mit dem Bemerkten, es sei bereits eine Rekrutierung, um billiger produzieren zu können. Eine weitere Verhandlung ließ den Beschluß: wenn wirklich Arbeits- mangel vorhanden ist, erklären sich die Arbeiterinnen bereit, täglich nur 8 Stunden zu arbeiten, wenn die erzielten Erzeugnisse zurück- genommen werden. Das erbotere anzunehmen, war die Firma bereit, die Rückstellungen zurückzunehmen. Lehnte sie jedoch nach wie vor ent- schieden ab. Sie hätte sogar in Aussicht, daß weitere Entlassungen folgen würden. Aus diesen Gründen erklärten sich sämtliche Kolleginnen mit dem Beschluß einverstanden und reichten ihren Ent- schluß der Organisation ein. Weitere Versuche der Organisationsleitung, die Differenzen beizulegen, scheiterten an dem Starrsinn der Firma. Im Gegenteil, sie erklärte ausdrücklich, daß am Tage darauf außer den Arbeiterinnen noch eine größere Anzahl Männer der Be- trieb verlassen müßten unter Fortzahlung des Lohnes für eine Woche. Um nachmaliger Vermeidung, die Differenzen beizulegen, schickte die Firma dem Vertreter zwei Briefe. Der erste Brief, der am Abend davor eintraf, enthielt die Entlassung von 10 Kollegen; damit waren die beiden Kollegen, die wir als auch die Firma auf die Suche gingen. Weiter hat sich auch schon ein Teil arbeitswilliger Arbeiterinnen gefunden. Aber nicht, wie man das schon weiß, ist es die Ursache der Entlassung, die wir zu dem angegebenen Zeitpunkt erzielten, was es uns ermöglichte, aus der Forderung, die ich- lich unter sehr harten widrigen Umständen von uns haben können werden. Der zweite Brief, der heute dazugekommen ist, der Kolleginnen, die alles abgelehnt und es aber wegen, daß der Tarifvertrag nicht durchzuführen ist. Die Firma Wismann hat sich in Erwartung auf die Hilfe der Arbeiterkassette in die Hände der Arbeiterkassette gestellt.

Zangermünde. Die Arbeiterkassette der Fabrik „Der Postbote“ hat sich am 1. April dieses Jahres mit der Firma Wismann, Palmbutterfabrik in Oberkürheim, ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Das Koalitionsrecht wurde darin anerkannt. Als Ende Oktober die Hochkonjunktur ein- setzten sollte, wurden 15 neue Arbeiterinnen eingestellt. Nach Verlauf von 14 Tagen jedoch, als die ersten Bestellungen auf Wärfel nicht eintrafen, da angeblich die Konsumenten die Butter lieber aus- gewaschen kaufen, wurden 10 der Beschäftigten gefeuert. Von diesen waren nur 4 der zuletzt eingestellten dabei, die anderen 6 waren längere, zum Teil schon mehrere Jahre bei der Firma beschäftigt. Die Kolleginnen fühlten sich deshalb benachteiligt, und das mit Recht, denn es befanden sich darunter drei Kolleginnen, die alles daran setzten, die Organisation im Betriebe nach weiter vorwärts zu bringen. Eine Versammlung beschloß daher, bei der Firma vorstellig zu werden und beantragte hiermit die Gehaltsleistung unserer Zahlstelle. Diesem Vertreter gegenüber wurden zunächst nichtige Gründe als Vorwand herbeigebracht und als diese als direkte Unwahrheit gekennzeichnet waren, wurde Arbeitsmangel vorgeschützt. Die wahre Ursache wurde jedoch sofort erkannt. Die Forderung: Ich will Ruhe haben in meinem Betriebe für diejenigen, die von der Organisation nichts wissen wollen, beweist, daß man die agitativen Kräfte hinausweisen wollte. Den Vorwand, daß die zuletzt Eingestellten zuerst zu entlassen, wies die Firma zurück mit dem Bemerkten, es sei bereits eine Rekrutierung, um billiger produzieren zu können. Eine weitere Verhandlung ließ den Beschluß: wenn wirklich Arbeits- mangel vorhanden ist, erklären sich die Arbeiterinnen bereit, täglich nur 8 Stunden zu arbeiten, wenn die erzielten Erzeugnisse zurück- genommen werden. Das erbotere anzunehmen, war die Firma bereit, die Rückstellungen zurückzunehmen. Lehnte sie jedoch nach wie vor ent- schieden ab. Sie hätte sogar in Aussicht, daß weitere Entlassungen folgen würden. Aus diesen Gründen erklärten sich sämtliche Kolleginnen mit dem Beschluß einverstanden und reichten ihren Ent- schluß der Organisation ein. Weitere Versuche der Organisationsleitung, die Differenzen beizulegen, scheiterten an dem Starrsinn der Firma. Im Gegenteil, sie erklärte ausdrücklich, daß am Tage darauf außer den Arbeiterinnen noch eine größere Anzahl Männer der Be- trieb verlassen müßten unter Fortzahlung des Lohnes für eine Woche. Um nachmaliger Vermeidung, die Differenzen beizulegen, schickte die Firma dem Vertreter zwei Briefe. Der erste Brief, der am Abend davor eintraf, enthielt die Entlassung von 10 Kollegen; damit waren die beiden Kollegen, die wir als auch die Firma auf die Suche gingen. Weiter hat sich auch schon ein Teil arbeitswilliger Arbeiterinnen gefunden. Aber nicht, wie man das schon weiß, ist es die Ursache der Entlassung, die wir zu dem angegebenen Zeitpunkt erzielten, was es uns ermöglichte, aus der Forderung, die ich- lich unter sehr harten widrigen Umständen von uns haben können werden. Der zweite Brief, der heute dazugekommen ist, der Kolleginnen, die alles abgelehnt und es aber wegen, daß der Tarifvertrag nicht durchzuführen ist. Die Firma Wismann hat sich in Erwartung auf die Hilfe der Arbeiterkassette in die Hände der Arbeiterkassette gestellt.

wollte auch diesmal mit den Vertretern der Arbeiter nicht ver- handeln, sondern nur mit dem Arbeiterausschuß, den er als Ver- treter seiner Arbeiter betrachtete. Die Arbeiter erklärten jedoch, daß der Arbeiterausschuß bei größeren Lohnbewegungen als Vertreter der Arbeiter nicht betrachtet werden könnte, sondern nur als Mit- berater heranzuziehen sei. Nachdem die Forderungen eingereicht waren, erklärte sich Herr Dr. Meyer bereit, mit den Vertretern der Organisationen, der Lohnkommission und dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. Bei den Verhandlungen wurden fast sämtliche Forde- rungen bewilligt. Die Lohnerhöhung beträgt durchschnittlich zirka 10 Prozent. Diese Lohnerhöhung haben die Arbeiter nur ihrer Organisation zu verdanken. Es gilt nun das Erbotere auch zu be- haupten und fest zu halten. Dieses können die Kollegen und Kolle- ginnen nur dann, wenn sie sich vollständig ihrer Organisation an- schließen.

Rundschau.

Der Meisfall der Polizei in Moabit.

Als Scharfmacherherbe gegen die Gewerkschaften war der große Moabitler Kriminalprozeß geplant, der für seine Urheber einen so überaus jammervollen Verlauf nimmt. Die vorläufige An- klage gegen den „Terrorismus“ der Sozialdemokraten und die „Ver- brechens“ der Gewerkschaften ist in der Beweisführung so zerlegt worden, daß der Staatsanwalt diesen Teil seines Spiels schon völlig verloren aneben hat. Aber während die Arbeiterorganisationen umhüllend aus diesem Gerichtsverfahren hervorgehen und nicht der geringste Makel an ihnen haften bleibt, sind von zahlreichen einwandfreien Zeugen Anlagen gegen Polizeiorgane erhoben worden, die die ganze Kulturwelt mit einem Schrei der Entrüstung beantwortet hat. Mit von diesen Anlagen auch nur ein Teil wahr, dann ist damit über den preussischen Polizeistaat der Stab gebrochen, und die Scharen derer, die diesem Polizeistaat als unüberwindliche Gegner gegenüberstehen, werden um Hunderttausende gestärkt werden.

Das hatten sich die Drahtzieher dieses politischen Tendenz- prozesses nicht träumen lassen! Ihre Verwirrung und ihre Wut ist daher grenzenlos. Mitten während der Verhandlungen gründete der Polizeipräsident v. Jaqow ein amtliches Reagenbureau, in dem antwortende Aussagen zur Entlastung der Polizei gesammelt werden sollen. Und das Organ des Herrn v. Weismann-Hollweg erbreitete sich, in die schwebende Verhandlung einzugreifen und den Richtern die Anweisung zu geben, daß sie die Zeugen der Verteilung für unglaubwürdig halten müßten. Das kostlose Verhalten der Rege- rungsorgane kann nur bewirken, daß der furchtbare Polizei- skandal, der durch den Prozeß entfesselt worden ist, durch einen Justizskandal ersten Ranges verstärkt wird.

Die Polizei sieht das nachgerade selbst ein. Und im Eifer, die „unte Sach“ doch noch zu retten, hat der Berliner Polizeipräsident v. Jaqow sie noch mehr diskreditiert. Er hat nämlich folgende Befanntmachung erlassen:

Moabitler Strafprozeß.

Nur Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts ist erwünscht, daß Personen, welche den Strafenuntersuchen und beteiligt zu- gefehlt haben, sich auf dem Polizeipräsidium — Zimmer 177 — oder auf dem ihnen nächsten Polizeirevier melden.

Der Polizei-Präsident.

v. Jaqow.

Die Verteiliger können sich vor Neuammanboten nicht retten und Herr v. Jaqow sucht sich Zeugen in den Zeitungen!

Dieser Verlauf der Dinge ist schon vor dem Beginn des Pro- zesses in der Arbeiterpresse mit der Sicherheit eines astronomischen Ereignisses angekündigt worden. Die so traurig hineingefallenen Nacher können also nicht sagen, daß sie nicht gewarnt worden wären. Daß sie trotzdem blindlings in diese Falle taptten und sich eine so schwere moralische Niederlage holten, wo sie den Sieg schon in ihrer Tasche zu haben glaubten, beweist aufs neue, mit wieviel Unfähigkeit die deutsche Welt von heute regiert wird.

Lebensmittelkennung und christliche Poeste.

Die im Verlag des katholischen Volksvereins M.-Gladbach erscheinende Zeitschrift „Frauenwirtschaft“ veröffentlichte kürzlich ein Gedicht, worin den armen Leuten für den Winter folgende „humor- istische“ Ratsschläge erteilt werden:

Feizung:

Härte dich ab gegen Feinde und Frost.
Härte dich ab gegen Wind aus Nordost,
Dann genügt des Nachts dir die Wärme des Betts,
Und für den Tag reichen sieben Britzlets.

Beleuchtung:

Leb nicht des Abends allerlei Kuhl,
Stehe im Dunkeln, dann warrst du Fetrol,
Ründe und lösch auf Treppe und Stur
Pänktlich das Licht nach dem Schläge der Uhr.

Beidigung:

Erbswurz von Knorr oder Hohenlof
Kostet nicht viel, macht kräftig und froh,
Und wen ein Husten wenig geniert,
Gra: so gut wie im Gashaus diniert.

Das Blatt, das es waqt, die Arbeiterfrauen ob ihrer Armut in so niederträchtiger, gemeiner Weise zu verhöhnen, ist ein „christliches“ Blatt, ein Zentrumskblatt! Wie werden uns das merken und gelegentlich daran erinnern, wenn die Männen-Gladbacher Christen sich als Arbeiterfreunde aufspielen und dem Zentrum arbeiterfreundliche Politik nachröhmen.

Eingegangene Schriften.

Karl Legien: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Berlin. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H. Preis gebunden 60 Pf. Agitationsausgabe 25 Pf.

Bei der täglich steigenden Bedeutung der deutschen Gewerkschafts- bewegung ist eine orientierende Schrift aus der Feder ihres Führers von besonderem Wert. Diese Neuerscheinung ist daher von jedem zu be- zichtigen, der für die Triebkräfte der sozialen Entwicklung überhaupt Verstand hat. Der Verfasser der Generalkommission der Ge- werkschaften Deutschlands gibt in dieser Schrift einen Ueberblick über die Geschichte, die Tendenz, die innere Einrichtung, die Stärke und Leistungsfähigkeit und die Taktik der deutschen Gewerkschaften. Gerade bei der sachlichen und knappen Art der Darstellung tritt der ungeschore Aufschwung, den die wirtschaftliche Klassenbewegung der deutschen Arbeiter im letzten Jahrzehnt genommen hat, plastisch vor unsre Augen. Früher als „Streikvereine“ bezeichnet, heute das wichtigste Glied der ganzen Klasse: eine Macht, mit der die Regierungen rechnen müssen, der die Unternehmern die Vertrags- fähigkeit und Gleichberechtigung nicht mehr vorenthalten können. Und bei aller imponanten Entwicklung keine Selbstzufriedenheit, die zum Stillstand führt. Immer neue Gebiete werden einbezogen, immer neue Aufgaben werden gestellt. In der Zukunft, daß auf der Qualität des Rekrutementmaterials schließlich die Zukunft jeder Be- wegung beruht, denkt man in steigendem Maße an die sachliche und geistige Auszubildung des immer mehr anwachsenden Herzes. Auch diese Arbeit vollzieht sich ohne Unterbrechung, in nächster Abklärung der Zeit und in ruhiger Ausübung dessen, was in erster Linie notwendig ist. Die freiwillige Selbstbildungsanstalt garantiert aber auch, daß man erreicht, was man sich vornimmt. Mit vollem Recht kann daher Legien seine Forderung mit den Worten ableiten: „Die Gewerkschaften erstrecken eine höhere Kultur um“ wollen diese auf dem Wege ruhiger Entwicklung befestigen. Sie werden nach meiner festen Ueber- zeugung ihre Kräfte bilden, selbst wenn man sie durch eine Zwangs- anweisung dazu zu hindern suchen sollte. Im Kampf mit den Unternehmern, im Kampf mit dem Verhören und Organen der Staatsverwaltung sind die Gewerkschaften groß geworden; in dem Bewußtsein, daß sie schon heute eine Macht im Wirtschafts-

leben bedeuten, können sie den ferneren Kämpfen mit Ruhe ent- gegensehen.“

Die Schrift Legiens bildet eine wertvolle Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur. Sie ist nicht nur jedem unentbehrlich, der sich mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, sondern sollte von jedem gelesen werden, der ein mehr als oberflächliches Interesse für soziale Neubildungen hat. Bei dem niedrigen Preis kann die An- schaffung dieser Schrift jedem empfohlen werden.

Im Verlage von J. H. W. Drey' Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: „Die Bergarbeiter“. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Von Otto H. u. E. Erster Band. VIII und 456 Seiten 8°. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 6 Mk., in Halbtitanzband 7 Mk.

Der Verfasser sagt in seiner Vorrede, daß er die Arbeit, von der jetzt die erste Hälfte im Druck vorliegt, im Auftrage des Vor- standes der Bergarbeiter Deutschlands unternommen hat.

Es fehlt nicht an Büchern über den alten und den neuen Berg- bau und seine volkswirtschaftliche Bedeutung, fährt der Autor in seiner Vorrede fort, auch nicht an Monographien über die Berg- verhältnisse eines einzelnen Reviers; wohl aber fehlt es an einer all- gemeinen Geschichte des Bergarbeiters. Um diesen Zweck zu erreichen, war der Verfasser genötigt, den Reigen der Arbeit weiter zu fügen, als ursprünglich beabsichtigt war. Er konnte nicht umhin, die Verhältnisse der Mineralien so weit in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, als sich dies wegen des intimen Zusammen- hanges zwischen dem alten Bergarbeiter und Hüttenmann gebot. Ferner durfte er die gelegentliche Betrachtung außerordentlicher Ar- beiter- und Industriezustände nicht unterlassen, weil manchmal der fragliche Gegenstand, von der Schilderung der vormittelalterlichen Bergarbeiterverhältnisse ganz abgesehen, vergleichsweise am besten zu veranschaulichen war.

Der Name des Verfassers bürgt dafür, daß das Werk nicht nur eine sachkundige und gewissenhafte, sondern auch eine von der Liebe zu seinen Berufsgenossen getragene Arbeit in sich schließt.

Protokoll vom Internationalen Kongress in Kopen- hagen ist erschienen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Von der Tagesordnung sind von besonderer Be- deutung die Verhandlungen über: Das Genossenschaftswesen — Die Arbeitslosenversicherung — Die Sicherung des Weltfriedens — Abschaffung der Todesstrafe — Die Einheit der Gewerkschafts- bewegung — Die Verwirklichung der internationalen Solidarität. Das Protokoll kostet 1,50 Mk., gebunden 2.— Mk. Vereins- ausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung für die 2. Bevollmächtigten!

Sämtliche am Orte noch vorhandenen alten Beitragsmarken sind möglichst sofort, spätestens mit der Abrechnung für das 4. Quartal 1910, an den Vorstand einzusenden.

Der Verbandskalender für das Jahr 1911 ist vergriffen.

Achtung!

Das frühere Mitglied Joseph Skrodka hat in Eng- land von drei Organisationen unter falschen Angaben Reise- unterstützung im Betrage von je 50 Mk. erschwindelt.

Sollte derselbe nach Deutschland zurückkehren und den Versuch unternehmen hier seine Schwindelereien fortzusetzen, so ist ihm das Buch sofort abzunehmen und an uns ein- zusenden.

Die Personalien sind: Joseph Skrodka, Buch- Nummer 331 630, geb. 4. Februar 1888 in Dabob, einge- treten am 6. Juli 1908. Der Vorstand.

An die Zahlstellenleitungen!

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Adresse des Kollegen Otto Bennewitz, Mügl.-Nr. 126 005, eingetreten am 14. Oktober 1910, dem Unterzeichneten anzu- geben. Adolf Kamp, Brackwede, Eggestr. 16.

Vom 22. November an gingen bei der Hauptkasse fol- gende Beträge ein:

- Berlin 1000,—, Breslau 1000,—, Zangermünde 600,—, Staßfurt 600,—, Barmen 500,—, Gerswalde 400,—, Zanger- berg 300,—, Waltershausen 250,—, Eutin 200,—, Oppau 6,—, Weiskens 600,—, Brunsbüttelkoog 300,—, Chemnitz 250,—, Leisnig 200,—, Altwasser 200,—, Alfeld 100,—, Grimma 100,—, Leipzig 22,50, Saargemünd 16,56, Leisnig 1,40, Girschberg i. Schl. 400,—, Bauen 400,—, Wolmirsholt 350,—, Hornberg —80 G. H. 5,—, Lübben 25,20, Garburg 2600,—, Mannheim 1000,—, R. n. s. burg 1000,—, Bremen 1,—, Niderleben 400,—, Wismar 300,—, Müggeln 3000,—, Dresden 2000,—, Stettin 1500,—, Göppingen 301,—, Leisnig 200,—, Wemel 200,—, Wedel i. S. 8,88, Stolp i. P. 3,—, Heidingfeld 2,80.

Schlutz: Montag, 28. November, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Koffierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben ein- gesandt:

Saargemünd, Strehlen, Neustadt O.-Schl., Wedel i. S.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher:

- Nr. 296 196 für August Bock, eingetreten am 24. Februar 1908 in Berlin-Köpenick.
- Nr. 354 736 für Alexander Pischel, übergetreten am 1. Dezember 1909 in Bremen.
- Nr. 316 505 für Ferdinand Westedt, eingetreten am 8. März 1908 in Lüneburg.
- Nr. 59 601 für Johann Sager, eingetreten am 14. März 1904 in Oberkloßau.
- Nr. 300 831 für Sebastian Wagnersoner, eingetreten am 28. November 1907 in Regensburg.

Karten:

- Nr. 112 222 für Joh. Danowski, eingetreten am 24. August 1910 in Berlin.
- Nr. 87 306 für Otto Schliebe, eingetreten am 29. März 1910 in Halle.
- Nr. 114 040 für Johann Schneider, eingetreten am 6. August 1910 in München.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Barmen. Konrad Becker, Grenit. 1. 3. St.
- Berlinchen, Gau 4. Paul Drews, Bahnhofstraße 303.
- Reisfahrr. Joh. H. Faberl, Hausnummer 13.
- Leisnig. Albert Paale, Gartenstraße 9. 2. St.
- Siegen a. S. Heinrich Müller, Friedingerstraße 14.
- Wedel. Erwerbslosen-Unterstützung wird aus- bezahlt bei G. Wiesberger, Schulau, Bahnhofstraße, abends von 5 bis 8 Uhr.

Zahlstelle Kelli. ghusen.

18.50.4

Sonnabend, den 10. Dezember, in der Poststraße: Generalversammlung.

Tagesordnung u. a.: Wahl der Ortsverwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Bevollmächtigten.

Sieben Kinder — Witzendenterente!

Wenn auch in der Rechtsprechung in Unfallereignissen bisher schon auf Grund mehrfacher Entscheidungen des Reichsversicherungsamts als feststehende Tatsache zu konstatieren war, daß den Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern usw.) die Witzendenterente bei Vorhandensein zweier Kinder, sobald ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde, zugesprochen werden war, so dürfte nachstehender Streitfall infolge Vorhandenseins mehrerer Kinder von großer und prinzipieller Bedeutung sein. Allerdings gehört zu den Witzendenter - Verwandten aufsteigender Linie — nicht die Stiefmutter, es sei denn, daß sie durch Adoption mit dem Verunglückten verbunden war. Ebenso gehören hierzu nicht die Pflegeeltern, wohlweislich aber dagegen die Mutter, wenn sie den Verunglückten unehelich geboren hatte. Dieser Witzendenterentfall lag nun folgender Sachverhalt und Tatbestand zugrunde:

Der 23jährige Maurer und Steinarbeiter M. zu Wolschagen (Harz) erlitt am 28. August 1904 im Betriebe des Steinbruchpächters Kapel zu Wildemann, Schwarzwald (Oberharz) einen Betriebsunfall, indem er mit dem rechten Knie auf eine Schiene fiel. Der Verletzte achtete trotz ständiger Schmerzen und Beschwerden und infolge Hoffnung auf Besserung anfangs nicht besonders hierauf, mußte aber am 28. Dezember 1904 infolge weiterer Verschlimmerung des Knies — und der Verschlimmerung einer Tuberkulose — das Bein in einem Krankenhaus zu Oslar amputieren, wo dann die Amputation des Beines am Oberschenkel vorgenommen wurde. Der Zustand des Verletzten besserte sich nun auch hier nicht mehr, sondern er verstarb dort am 28. November 1909 unter den vorgenannten Unfallbeschwerden.

Die Mutter des Verstorbenen, welche Witwe seit mehreren Jahren war, wandte sich nun an die Section IX der Steinbruchsberufsgenossenschaft zu Hannover zwecks Gewährung der Angehörigenrente (Krankenhausbehandlungszeit), des Sterbegeldes und einer Witzendenterente. Sie begründete diese Ansprüche damit, daß der Verstorbene seit einigen Jahren der Haupternährer der aus 8 Personen bestehenden Familie — Mutter mit 7 Kindern — gewesen wäre.

Die genannte Berufsgenossenschaft wollte aber hierauf der Witwe nur das gesetzliche Sterbegeld, dagegen nicht die Witzendenterente gewähren. Sie begründete ihre Ablehnung damit, daß der Verdienst des Verstorbenen nur 955 Mt. betragen habe und nach der amtlichen Auskunft 734 Mt. für den Unterhalt des Verstorbenen zu berechnen seien, so daß nur 121 Mt. übrig bleiben würden zum Unterhalt der Familie. Ferner befänden sich unter den übrigen Kindern noch 3 Söhne im Alter von 25, 19 und 17 Jahren, von welchen sie unterstellt worden sei. Des weiteren sei sie selbst erst 50 Jahre alt und nach den Ermittlungen noch arbeits- und erwerbsfähig, so daß der § 18 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes für die Zubilligung der Witzendenterente nicht in Frage kommen könnte usw.

Trotz Nichtigerstellungen der vorstehenden unrichtigen Berufsgenossenschafts-Angaben erhielt die Witwe M. den Rentenabgleichungsbescheid zugesandt, wogegen Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiter- und Arbeiterinnen zu Hildesheim anhängig gemacht werden mußte. In der Berufung wurde begründend ausgeführt, daß der Verdienst des Verstorbenen 1029 Mt. und nicht 955 Mt. betragen habe und als Unterhaltsgelder in der Familie für Wolschagen nicht 734 Mt. pro Jahr, sondern wöchentlich 8-9 Mt. — also einschließlich Kost, Logis und Wäsche nur 4-5 Mt. pro Jahr — für eine Einzelperson berechnet werden könnten. Des weiteren sei der erwähnte 23jährige Sohn als begründeter Unterhaltspflichtiger seit Jahren verschollen und lebe angeblich als Wilderer im Harz, mithin hätte sie (die Mutter) hiervon nichts erhalten können zur Unterhaltung der Familie! Auch seien ferner die beiden anderen erwähnten Söhne nicht 19 und 17, sondern erst 15 und 16 1/2 Jahre alt, dagegen aber drei schulpflichtige Kinder vorhanden, die der Verstorbene als 23jähriger Sohn habe mit ernähren müssen. Sie selbst könne als Witwe keine fremden Arbeiten verrichten bei einer so zahlreichen Familie, sondern müsse für die Familie die Sachen in Ordnung halten und den erforderlichen Haushalt versehen, könne somit absolut nichts hinzuerdienen usw.

Das Schiedsgericht für Arbeiter- und Arbeiterinnen zu Hildesheim hatte hierauf durch die herzogliche Kreisdirektion zu Ganderheim im Herzogtum Braunschweig weiteren Beweis erhoben, und wurden die Angaben der Witwe M. im Allgemeinen als der Wahrheit entsprechend angesehen. Auf Grund dieser Tatsachen wurde in der Schiedsgerichtsbesetzung am 1. September 1910 der Witwe M. die Witzendenterente vom Todesstage des Verstorbenen — 28. November 1909 — an auf Grund des 1029 Mt. betragenden Jahresarbeitsverdienstes mit folgender Begründung zugesprochen:

Es war, wie gesehen, zu erkennen. Für die Zeit der Verpflegung im Krankenhaus steht seinen Angehörigen ein Anspruch auf Rente insofern zu, als sie dieselbe im Falle seines Todes würden beanspruchen können (§§ 22 und 165 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes). Die Klägerin hat auch die Angehörigenrente nach § 18 a. a. O. zu beanspruchen, weil ihr Lebensunterhalt überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden; und weil sie selbst bedürftig ist für den Unterhalt des Verstorbenen sind 365 Mt. für Wohnung und Verpflegung, 100 Mt. für Kleidung und Wäsche, 104 Mt. für Taschengeld und 9,60 Mt. für Steuern, insgesamt 578,60 Mt. abzugeben, so daß der Klägerin der Rest zugute gekommen ist. Sie selbst hätte keine Einnahmen; es ist auch nicht anzunehmen, daß sie von den Söhnen Hermann, Walter und Willy Zuwendungen erhalten hat, die insoweit die Leistungen des Verstorbenen annähernd erreicht hätten. Die genannten Söhne verdienen durchschnittlich 90 Pf. bis 1,80 Mt. Es darf nach den vorliegenden Sagen angenommen werden, daß die Söhne im wesentlichen zu dem Lebensunterhalt der einzelnen aufgebracht sind. Die Klägerin ist auch, obwohl sie als arbeitsfähig erachtet, bedürftig. Von dem ältesten Sohne hat sie nichts zu erwarten, da er verschollen ist. Drei schulpflichtige Kinder leben noch in ihrem Haushalt; sie kann wegen der letzteren keine Lohnarbeiten verrichten usw.

Die Witwe erhält nun auf Grund des 1029 Mt. betragenden Jahresarbeitsverdienstes pro Jahr 210 Mt. Witzendenterente oder monatlich 17,50 Mt. für den Verlust ihres an den Unfalltoden verstorbenen Sohnes. Die Berufsgenossenschaft verlierte mit allen nur denkbaren Definitionen das Gewerbeunfallversicherungs-gesetz in ihrem Sinne auszuliegen, um selbst diese geringe Rente für sich behalten zu können, unbekümmert darum, wie die Witwe infolge Verlustes ihres Haupternährers mit ihren minderjährigen Kindern durchkommen würde! Vorliegender Streitfall dürfte allerdings als ein seltener angesehen werden, keine Bekanntheit aber deshalb von Wichtigkeit sein, um die Arbeiterklasse über derartige Streitfragen orientiert zu sehen für etwaige ähnliche und künftige Streitfälle, welche sicherlich immer wiederkehren werden.

Ferner sei hier auch noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen, wo ein Verletzter mit seinem Anspruch abgewiesen wird, weil das Leiden nicht als Unfallfolge angesehen wurde, der Tod aber später offenbar macht, daß trotzdem ein Zusammenhang mit dem Unfall bestand, der Anspruch der Hinterbliebenen in innerhalb dreier Monate nach dem Tode geltend zu machen ist. Der Anspruch der Hinterbliebenen ist stets als ein selbständiger anzusehen und kann ihnen die Rechtstrait der gegen den Verstorbenen ergangenen abweisenden Entscheidung nicht entgegengehalten werden. In dieser Weise ist bisher stets in solchen

Fällen entschieden worden. Da meistens die Hinterbliebenen hiervon nicht unterrichtet sind, die Berufsgenossenschaften natürlich von selbst sich nicht melden, sind nach Ablauf von drei Monaten immer die Hinterbliebenen-Ansprüche verjährt. Deshalb prüfe beim Tode eines Verletzten jeder daran Interessierte die Sachlage, damit die Ansprüche nicht wegen Verjährung in diesen Fällen abgelehnt werden können.

Sicherlich sind durch Unkenntnis in der Unfallversicherungs-gesetzgebung bisher schon manchen Verletzten und auch Hinterbliebenen — was Schreiber dieser Zeilen sehr häufig wahrnehmen mußte — die Rentenansprüche strittig gemacht worden. Dieses dürfte auch noch in Zukunft geschehen, wenn vorstehende Zeilen nicht beachtet werden. Wegen des vorstehenden Streitfalls und die diesbezüglichen Winke und Ratsschläge beachtet werden seitens der Arbeiterklasse, dann wird auch diese Rinde des Wissens im Interesse der Hinterbliebenen und Unfallverletzten fernerhin immer mehr ausgefüllt werden können. V.-Bg.

Aus der Gummi-Industrie. Nationalökonomie der „Gummizeitung“.

Die Redaktion der „Gummizeitung“ macht nicht nur in Gummi, sondern ab und zu auch in Nationalökonomie. Hierbei passieren ihr die possierlichsten Schnitzer. In einem Artikel: „Die Intelligenz als Produktionsfaktor“ unterscheidet sie dem großen Vorkämpfer der Arbeiterklasse Karl Marx Äußerungen, die er nie getan hat. An anderen Stellen sind Worte aus dem Zusammenhange herausgerissen, so daß der Sinn derselben völlig entstellt wiedergegeben worden ist. Es handelt sich bei dem ganzen Artikel um eine Scherensarbeit, die dem Material des Reichswahrheitsverbandes entnommen ist. Der Artikel beginnt folgendermaßen:

„In dem Kriesenjahre, der in diesem Jahr das deutsche Baugewerbe durchlöcher, ist von Seiten der Arbeiterführer wieder die beliebte Parole: „Die Kapital, hi Arbeit!“ ausgegeben worden. Dieser unhinrichtige aller Schlächtheit identifiziert die „Arbeit“ mit der Arbeiterkraft und das „Kapital“ mit dem Unternehmertum und sucht sein Ziel in der Gegeneinanderetzung von Arbeitern und Unternehmern.“

Aus diesem Troß wird dann folgende Suppe gekocht: „Wenn Marx als den einzigen Produktionsfaktor die Arbeit gelten läßt und aus diesem obersten Dogma die Schlagworte vom „geronnenen Arbeiterschweiß“, vom „Mehrwert der Arbeit“, von der „Auspumpung der Massen“, von der „Wirtschaft des Kapitalismus“, und wie diese geschmacklosten Gedankenpläne alle heißen, ableitet, so beweist er damit nicht gerade besonderen Scharfsinn. Denn wenn er auch den „Unternehmer“ logischer als „Lutz“ ansieht, ihn wenigstens als „Produktionsfaktor“ überhaupt nicht mißachtet, sondern ihn lediglich als denjenigen betrachtet, der den „Mehrwert der Arbeit“ einstreicht, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß zu jeder „Unternehmung“ auch ein „Unternehmer“ gehört, ohne den die ganze Tätigkeit der Arbeiter überhaupt nicht bestände und ihren Lohn sände.“

Diese Schlussfolgerung läßt erkennen, daß die Redaktion der „Gummizeitung“ von Marx nichts gelesen, geschweige denn etwas begriffen hat. Vor allem ist es weder Marx noch einem seiner Nachfolger eingefallen, Arbeit und Kapital in dieser unfinnigen Weise zu definieren. Auch hat Marx nie von „geronnenem Arbeiterschweiß“ und „Mehrwert der Arbeit“ gesprochen, wohl aber von „geronnener Arbeitszeit“ und „Mehrwert der Arbeitskraft“.

Weil aber die Redaktion der „Gummizeitung“ wiederum nicht weiß, was Arbeitskraft ist — sonst hätte sie ihren Blödsinn nicht verzapft —, so wollen wir ihr auf die Sprünge helfen. Hierüber sagt der „wenig scharfsinnige“ Marx:

„Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert.“

Diese Definition besagt, daß auch die „geistigen Arbeiter“, wie Profuristen, Direktoren und andre Bureau- und technische Beamte, Arbeitskraft besitzen, die sie dem Unternehmer verkaufen, der sie dann dem Produktionsprozeß einverleiht. Auch der Unternehmer ist, sobald er nicht nur Geldgeber ist, ein Faktor in der Produktion. Der Unternehmer aber, der nur als Geldgeber in Betracht kommt, hat kein Anrecht auf Bezahlung seiner „Arbeit“, denn Geld zur Produktion hergeben ist keine Arbeitsleistung, keine nützliche Tätigkeit in der menschlichen Gesellschaft.

Am Schluß ihrer konfuse nationalökonomischen Expektoration verkündet die „Gummizeitung“ dann triumphierend: „Es gehören also zu jeder Unternehmung nicht nur zwei, sondern drei Produktionsfaktoren: Intelligenz, Kapital und Arbeit; die Intelligenz aber ist der größte unter ihnen, der bestimmende, ausschlaggebende.“ Wozu wir nur in aller Bescheidenheit bemerken, daß die „Gummizeitung“ doch auch eine Unternehmung ist und, wenn wir nicht irren, sogar eine recht lukrative, obwohl der Faktor „Intelligenz“ in ihr ganz gewiß nicht bestimmend oder ausschlaggebend ist. Die „Gummizeitung“ hat aber für ihre Konfession einen Kronzeugen, einen gewissen Dr. Rettinger. Diese in den weitesten Kreisen unbekanntes volkswirtschaftliche Autorität behauptet, daß neben den drei Faktoren noch ein „gesunder Egoismus“ oder, feiner umschrieben, „die freie Entwicklung der Individualität“ nötig ist. Für diese freie Entwicklung wäre im sozialdemokratischen Zukunftsstaat kein Platz übrig. Dr. Rettinger ist jedenfalls gut national liberal. Die freie Entwicklung des Individuums ist aber, in seinem Sinne gemeint, nichts anderes als — Anarchie. Diese Anarchie wollen die Unternehmer für sich allein haben, sie wollen für ihre Ausbeutungsfreiheit keine Schranken haben.

Der Eindringlichkeit halber bringt Dr. Rettinger für seine Theorie des Egoismus Beispiele, unter andern folgendes:

„Man nehme nun 1000 Arbeiter, stelle ihnen Feuer, Retalle und alles übrige zur Verfügung und sage ihnen: „So, meine Herren Arbeiter, bauen Sie eine Dampfzweifelbahn!“ Sind diese rührenden Arbeiter fähig, diese Fabrik zu bauen? Und wer hat die Spezialmaschinen geschaffen? Und wer verfertigt die Arbeiter Arbeit? Ohne die Intelligenz des Erfinders und den Wage-

mut des Unternehmers wäre keine Fabrik und kein Absatz und auch keine Arbeit da — und kein neu erzeugter Wert.“

Daß die „Intelligenz des Erfinders“ ein bildender Faktor im Produktionsprozeß ist, haben wir noch immer anerkannt, wir bestreiten nur, daß Intelligenz und Unternehmer immer, oder auch nur regelmäßig, identische Begriffe sind. Den „Wagemut des Unternehmers“ erkennen wir aber nicht an. Wir dürfen wohl daran erinnern, daß unsere ganzen Reichs- und Staatsbetriebe, unsere Eisenbahnen u. dgl. ohne diesen „Wagemut der Unternehmer“ gebaut wurden. Eine sozialistische Ordnung der Gesellschaft wird diesen Wagemut deshalb auch gern entbehren, die Intelligenz aber wird sie weit mehr fördern und entwickeln als unser heutiger Staat, dem gar oft die dümmsten Arbeiter die besten sind.

Warum aber der „Gummizeitung“ die Rettingersche Theorie von den entbildenden Faktoren so wertvoll ist, erfahren wir an folgendem Rechenexempel, das sie ihr anhängt.

„Es muß hiernach einleuchten, dem Unternehmer, der gleichzeitig das Kapital und die Intelligenz verleiht, nicht bloß die Hälfte des Ertrages zulommen, sondern mindestens zwei Drittel. Ja es wird sich sogar ein noch höherer Anteil rechtfertigen lassen, da dem Kapital unbedingt eine Entschädigung für die Uebernahme des Risikos zugubilligt werden muß, während andererseits die mehr oder weniger mechanische „Arbeit“ nicht mit der durch höhere Schulung und Charakterbildung im Werte gesteigerten „Intelligenz“ gleich bewertet werden kann. Rechnet man nach heutigen Verhältnissen den Kapitalzins gleich 4 Proz. und bewertet ihn gleich dem Lohn der Arbeit, so würde, wenn man auch dem Risiko den gleichen Anteil zubilligen wollte, schon ein Prozentsatz von 12 Proz. vom Kapital der Unternehmung dazu gehören, um zusammen mit dem Materialwert des fertigen Produkts den Umlauf darzustellen, der ohne Rücksicht auf den Anteil der Intelligenz des Unternehmers mit 4, 8 oder 12 Prozent bewerten will, muß der Gesamtvertrag entsprechend höher gehalten werden. Man wird also sagen dürfen, daß ein Ertrag (einschließlich Arbeitslohn gerechnet), der mindestens 16 Prozent des Kapitals und höchstens 24 Prozent des Betriebes ausmacht, als „normal“ anzuerkennen ist. Bient indusirielle Betriebe werden sich aber einer solchen Ertragsfähigkeit rühmen dürfen? Und in den meisten Betrieben dürfte der Arbeitslohn weit, weit mehr betragen, als 4 Prozent des Kapitals! Man sieht also, daß das Unternehmertum im ganzen sehr bescheiden in seinen Ertragsansprüchen ist, und daß es der Arbeit einen viel größeren Ertragsanteil einräumt, als ihr eigentlich zuläme.“

Das ist eine ganz wunderbare Rechnung. Der Unternehmer wird dafür bezahlt, daß er sein Kapital hergibt, dann dafür, daß er es riskiert, endlich auch dafür, daß er so intelligent ist, sich einen intelligenten Leiter seines Betriebes zu suchen. Und für jede einzelne dieser „Inten“ erhält er mindestens soviel wie die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter für ihre Arbeit. An diesen Blödsinn reicht keine Kritik heran. Wer das geschrieben hat, muß in ärztliche Behandlung. Und je nachdem man nun die Intelligenz des Patienten mit 4, 8 oder 12 Prozent des polizeilich erlaubten Minimums bewerten will, wird man entscheiden müssen, ob kalte Abreibungen genügen oder ob der Aufenthalt in einer Anstalt nötig ist.

* Keine Ermäßigung der Verkaufspreise für Gummizwaren.

Küzlich fand in Berlin eine Versammlung der Gummizfabrikanten statt, die sich mit der Festhaltung der Verkaufspreise befaßte. Sie haben bereits berichtet, daß am 22. März 1910 eine gleiche Versammlung tagte, in welcher dem Preise des Rohmaterials entsprechende Preissteigerungen beschlossen wurden. Mittlerweile sind die Preise für Rohmaterial bedeutend herabgegangen, während die Verkaufspreise in alter Höhe bestehen bleiben. Einige Preisermäßigungen sprachen von zu erwartenden sinkenden Verkaufspreisen. Die Gummizfabrikanten beschlossen jedoch, die Preise nicht zu ermäßigen. Als Grund wurde hauptsächlich angeführt, daß bei der Eigenart der Gummizwarenproduktion jede Fabrik heute noch zu hohen Preisen gekaufte Rohmaterialien am Lager habe. Demnach bereite für die nächste Zeit keine Aussicht auf Ermäßigung der Verkaufspreise. Das Publikum soll ordentlich geschrippt werden. Das Hauptgeschäft dabei machen die schlauen Fabrikanten.

* Schwarze Listen.

Herr Ingenieur Oeler von der „Continental“ hat sich veranlaßt gesehen, den Meistern eine vertrauliche Verfügung folgenden Inhalts zuzustellen:

„Bei Entlassungen aus Gründen, die eine WiederEinstellung der entlassenen Personen verbieten, muß auf der Entlassung der Vermerk stehen: „Soll nicht wieder eingestellt werden!“

Damit das Lohnbureau davon entsprechend Vorwarnung nehmen kann.

In jedem einzelnen Falle ist in einer direkt zu behandelnden Liste der Grund der Entlassung wahrheitsgemäß aufzuführen. Entschieden in diese Liste ist Herrn Müller, Lohnbureau, auf Wunsch zu gelangen.

Hannover, den 7. Oktober 1910.
Oeler.“

Herr Oeler gilt als „rechte Hand“ des Direktors Dr. Gerlach. Sollte etwa Herr Dr. Gerlach? Er war zwar zur Zeit, als der Meistern das Schreiben zugestellt wurde, vereist, aber vielleicht sollte sein Geist, auch während sein Körper abwesend war, im Betriebe zu spüren sein. Auf eine ichtliche Anfrage, ob die Verfügung, welche eine schwarze Liste in optima forma darstellt, im Einverständnis mit der Direktion erfolgt ist, erfolgte keine Antwort, und dieses bedauerliche Schweigen läßt die Annahme zu, daß doch Herr Dr. Gerlach oder die Geschäftsdirektion damit einverstanden ist. Nun, es ist auch vieler Mühe geungen, die Arbeiterklasse der „Continental“ zu organisieren, und es wird auch für die Folge weder Herrn Oeler noch sonst jemand gelingen, die Arbeiter wieder in das frühere System der Furcht und Kriecherei hineinzuzwängen. Die Direktion würde aber besser tun, mit dieser Politik der Nadelstiche zu brechen, denn was sie damit erreichen will, wird sie nicht erreichen. Höchstens nur das, daß sie die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterklasse, worauf der Bestand der „Continental“ hauptsächlich basiert, beeinträchtigt.

* Einwohnungsfeier in Gorbach.

Vor zwei Jahren errichtete die Gummizwarenfabrik Louis Peter in Gorbach einen Fabrikbetrieb des vor 38 Jahren gegründeten Hauptbetriebes in Frankfurt a. M. Im Laufe des letzten Jahres wurden Erweiterungen in Gorbach vorgenommen: ein Verwaltungsgebäude und eine Vergrößerung der Fabrikanlagen, welche noch im Rohbau sind. Nicht allein in Gummiz verfertigt die Firma zu arbeiten, sie sorgt auch für die Bedürfnisse des Nagels-

durch eine Bierbrauerei. Das Verwaltungsgebäude wurde am 14. Oktober eingeweiht. Es ist in einem kleinen Saale wie Waldedelholz, daß alle Honoratioren des Baudirektors, einschließlich Fürst und Gemahlin bei diesem Anlaß vertreten waren. Vor allem fehlte es nicht an den üblichen Reden, Gesangvereinsvorträgen, Festessen und Hochs. So wies der Kreisamtmann Knapp auf die Wertigkeit der Grund- und Bodens durch den Bau dieses Gebäudes hin. — Wo ein Ras ist, sammeln sich die Räder, und wo die Industrie sich einmischt, die Speichanten, die den Arbeitern durch Steigerung der Bodenpreise zu hohen Mieten verhelfen. (Das hat natürlich nicht der Kreisamtmann gesagt, sondern das ist unsere Meinung. Die Red.) Für die Arbeiter, 400 an der Zahl, hatte man auch die Festtafel gedeckt. Auch hier hat sich, den Berichten zufolge, bald fröhliche Stimmung entwickelt. Wir glauben das recht gern, denn ein Proletariatsleben ist auch mal Abwechslung. Natam für die dortige Arbeiterschaft ist es, wenn sie vor allen Dingen fest zur Organisation hält, damit sie aus eigener Kraft sich etwas Ordentliches zu essen zuführen kann; denn: „Im hungerigen Magen Eingang finden, nur Sappenlogit mit Knabbelgraben —“.

*** Schwefelkohlenstoffvergiftung beim Vulkanisieren.**

Vor einiger Zeit erkrankten in Betriebe der Continental-Gummi- und Guttapercha-Co. in Hannover zwei Arbeiter, welche beim Aufhängen von vulkanisierten Stoffbahnen beschäftigt waren, durch — Einatmen von Schwefelkohlenstoffdämpfen. Der eine der Arbeiter war nämlich in Belirien, denn als man ihn ins Freie bringen wollte, schlug er mit Händen und Füßen um sich. Während der eine nach vier Tagen die Arbeit wieder aufnehmen konnte, war der andre noch längere Zeit in ärztlicher Behandlung und ist auch jetzt, nach vier Wochen, noch nicht ganz wieder hergestellt. Die Ursache derartiger Unfälle liegt an der mangelhaften Ventilation im Trockenraum. Das muß der Abteilungsleiter, Herr Chemiker Lorenz, wissen und für Abhilfe sorgen. Nun wird aber in den meisten Fällen bei Unfällen den Arbeitern die Schuld beigemessen, und so auch in diesem Falle. Als Herr Lorenz sich bei den erkrankten Arbeitern nach dem Vorgang erkundigte, hatte er den Grund zu dem Unfall sofort gefunden. Er erklärte dem einen Arbeiter: Sie haben wohl ein bißchen mehr als nötig getrunken. Als wenn ein Arbeiter infolge mangelhafter Betriebsbedingungen schwer erkrankt, dann sind es nicht die Betriebsbedingungen, für die zuerst der betreffende Abteilungsleiter verantwortlich ist, sondern es sind die Arbeiter, welche die Schuld daran tragen, und wenn gar nichts andres nachzuweisen ist, dann hat der Arbeiter ein bißchen mehr als nötig getrunken. Das ist dann der Weisheit letzter Schluß. Wir möchten Herrn Lorenz raten, neben seinem Eifer für möglichst hohe Ausnutzung der Arbeitskräfte sich auch noch etwas mehr um den Schutz der Arbeiter während der Arbeit zu kümmern.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie. „Die Ziegelindustrie schreit nach Arbeitern.“

Vor einiger Zeit brachten wir einen Artikel über die Kalkstein-Industrie, der dahin ausklang, daß allen Anzeichen gemäß, der Kalkstein sich immer mehr zum Baustein der Zukunft entwickle. Im Schluß wurde darauf hingewiesen, daß durch die Ausbreitung dieser Industrie die Arbeitslosigkeit vermindert werde. Wohllich

haben wir: Die Ziegelerbeiterchaft kann diese Entwicklung nicht gleichgültig sein; denn sie bedeutet eine Zurückdrängung der Ziegelindustrie und damit eine Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit. Durch den Fortschritt des Trocken- und Brennprozesses können in der Kalksteinindustrie nicht so viele Arbeitskräfte beschäftigt werden, wie in der Ziegelindustrie überflüssig werden. Der überschüssige Teil wird den Arbeitsmarkt bedrücken und den Lohndruck begünstigen. So wird auch dieser Fortschritt den Arbeitern zum Fluch, den Unternehmern aber zum Segen werden. Die Unternehmern verwandeln mit Hilfe von Arbeiterhänden Sand in Gold, und die Arbeiter, die dadurch broilos werden, können betteln gehen. Dem kann aber vorgebeugt werden, die Arbeiter können an dem Segen des Fortschritts teilnehmen, wenn sie von ihrer einzigen Waffe, der Organisation, den richtigen Gebrauch machen. Diese Ausführungen haben einem Herrn E. Schleier die Feder in die Hand gedrückt. In Nr. 124 der „Tonindustrie-Zeit.“ vom 20. Oktober d. J. nimmt er unsern Artikel vor, um hauptsächlich die oben zitierten Schlussfolgerungen zu widerlegen. Nachdem er unsern Artikel als „ein Schulbeispiel für die mit allen Mitteln arbeitende Verberätigkeit unter der Arbeiterchaft“, bezeichnet hat, schießt er los:

„Es ist richtig, daß bei gleicher Jahreserzeugung die Arbeiterzahl in Kalksteinfabriken geringer ist als in Ziegelfabriken, dagegen verhält man die Verhältnisse vollständig, wenn man in einer Zunahme der Kalksteinwerke eine Verminderung der Arbeitsmöglichkeit für Ziegelerbeiter erblickt. In Ziegelfabriken liegen die Dinge doch so, daß in der Ziegelindustrie bei eigenem stetigem Geschäftsgange ungenügendes Arbeiterangebot vorberricht und darum Ausländer herangezogen werden müssen. Die Arbeiterzahl besteht, wenn sie in schlechten Zeiten auch in milderer Form auftritt, weiter, trotz der Kalksteinindustrie, und wird weiter bestehen, gerade weil die Kalksteinwerke auch gern Ziegelerbeiter beschäftigen. Diese Fabriken bestehen überall neben den Ziegelfabriken, aber auch sie erstrecken sich im allgemeinen keineswegs überflüssig und denken deshalb ebenso wie die Ziegelfabriken vielfach darüber nach, wie dem Arbeitermangel abgeholfen werden kann.“

Er wie die Dinge heute in Deutschland liegen, schießt, allgemein gesprochen, nicht der Arbeiter nach Brot, sondern die Industrie nach Arbeitern.“

Herr Schleier hat sich gleich selbst widerlegt, indem er zugibt, daß bei gleicher Erzeugung in den Kalksteinfabriken weniger Arbeiter beschäftigt werden, als in den Ziegelfabriken. Wenn er trotzdem in der Zunahme der Kalksteinfabriken eine Verminderung der Arbeitsmöglichkeit erblickt, so ist das ein Beweis seiner vollkommenen Unwissenheit. Die Herstellung eines Quintums Steine, gegen in der Ziegelindustrie 13-19 Arbeiter notwendig sind, erfordert in einer Kalksteinfabrik nur etwa 12 Mann, also ein Drittel weniger, wodurch es natürlich auch die Produktionskosten erheblich vermindert. Es kommt dann noch hinzu, daß sich die Produktion in der Ziegelindustrie, unter den heutigen Verhältnissen, auf etwa 180-200 Tausend im Jahre beschränkt, während die Kalksteinindustrie, die von der Regierung unabhängig und mindestens 300 Tausend Tonne produzieren kann. Demnach ist dem Kalksteinindustrie die Ziegelfabrik gegenüber, höhere Klassen von Steinen zu niedrigeren Preisen auf den Markt zu bringen und die Ziegelfabrik zu verdrängen. Die Folge davon ist die Entlassung von Ziegelfabrikanten, die Arbeiter aber, die dadurch broilos werden in Kalksteinfabriken aber nicht alle in der Kalksteinindustrie untergebracht werden, so wird es ein Drittel Arbeiter weniger brauchen. Es wird also notwendig ein Überfluß von Arbeitern entstehen, der dann selbstverständlich auf die Löhne drückend wirkt. Demnach ist auch die grundsätzliche Philosophie des Herrn Schleier richtig.

Was für Arbeiter! Es ist richtig, im Jahre 1909 wurden in der Ziegelindustrie nach dem Bericht der Ziegeler-Berufsgenossenschaft 23 980 Personen weniger beschäftigt als im Jahre 1907. Aber nicht wegen Arbeitermangel, sondern wegen Arbeitsmangel. In diesem Jahre wurden 223 Ziegelfabriken ganz ein, und 426 wurden stillgelegt. Das ist ein Arbeitsmangel. Darum werden die Ziegelerbeiter nicht in den letzten Jahren auf der Landstraße, sondern in den Ziegelfabriken, besonders im Arbeit, Hunderten von benachteiligten Arbeitern in unzureichender Weise in die Heimat geschickt, die Arbeiter aber, die nicht mehr „ausreichend“, und trotzdem werden ungenügende Arbeiter nach in anderen Fabriken herangezogen, weil sie billiger und williger sind. Das ist also nach Herrn Schleier die „richtige Form der Arbeiterchaft“.

Herr Schleier hat, wie wir schon wissen, daß aber doch während der ganzen Zeit der Arbeitermangel nicht zu bekämpfen ist. Das ist ein Beweis, daß es so ist. Dem Proletarier

können wir bei jeder Lohnbewegung liefern. Die Arbeiter brauchen nur 2 Pfennig mehr Lohn zu fordern, und sofort können sie von dem Ziegelerunternehmer hören, daß er für den alten Lohn Arbeiter in Fälle haben möchte. Beispiele könnten wir zu Dutzenden anführen, auch solche, die beweisen, daß sich die von Vaterlandsliebe triebenden Ziegelerbeiter Russen und Galizier kommen ließen, um eine Lohn-erhöhung von 2 Pfennigen zu umgehen. So sieht die Arbeiternot aus, Herr Schleier! Lediglich, indem die Ziegelerindustrie wirklich Arbeitern spricht, machen wir uns gern verbindlich, jeden Bedarf zu decken. Wir beschreiben aber, daß sie nicht nach Arbeitern, sondern nach Slaven schreit. Das wird auch bestätigt durch die Tatsache, daß selbst die italienischen und böhmischen Arbeiter, seit sie sich nicht mehr unbeschränkt auslaufen lassen, von den Ziegelerarbeitern nicht mehr gern gesehen werden. Es wird wohl nicht allzu lange dauern, so werden auch die Russen und Galizier zu den Verhexten gehören und dann kommen die chinesischen Kulis an die Reihe, die ja schon in der „Tonindustrie-Zeitung“ empfohlen worden sind. Hoffentlich wird dann der Schmerz des Herrn Schleier gestillt sein.

— Christlicher Gimpelfang.

Das christliche Keramarbeiterverbändchen hat die Nr. 44 seines Blattes, die „Keram- und Steinarbeiter-Zeitung“ vom 5. November d. J. als Agitations- oder Aufrufnummer erscheinen lassen. Der Aufruf, der darin allen „christlich und national denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen der Keramik- und Steinindustrie“ vorgelegt wird, stellt an die Kenntnisfähigkeit der damit bombardierten Arbeiter recht geringe Anforderungen; dagegen legt er eine Ungläubigkeit und Vertrauenslosigkeit voraus, die stark an Geisel grenzt. Auf der ersten Seite wird die Notwendigkeit der Organisation nachgewiesen, wobei die Unternehmerorganisationen als Begründung dienen müssen. Die Verhinderung der Lebenshaltung durch die Verteuerung der Lebens-, Genuss- und Gebrauchsmittel bleibt dabei vollständig unerwähnt, denn die Herren der schwarzen Kunst wissen wohl, daß sie sich damit selbst die Schlinge um den Hals legen würden. Sie fürchten wohl, die Arbeiter könnten sich daran erinnern, daß es stets dieselben sind, die auf der einen Seite als gute Christen fromm die Hände falten und beten: „Unser täglich Brot gib uns heute“, auf der andern Seite aber als nationale Politiker den Arbeitern das tägliche Brot wieder verteuern, zugunsten der „nothleidenden“ Junker, und zu guter Letzt sich als christlich-nationale „Gewerkschaftler“ aufspielen, die berufen sind, die gebräuliche Grützel der Arbeiter zu verbessern. Sache unserer Kollegen wird es daher sein, überall auf dieses Doppelspiel hinzuweisen.

Die zweite Seite der „Aufrufnummer“ wird dazu verwendet, nach christlichem Brauch, den freien Gewerkschaften den Garaus zu machen. Auf all das blöde Zeug einzugehen, lohnt sich um so weniger, als sich kaum ein Arbeiter finden dürfte, der das Zeug glaubt. Wenn wir trotzdem einige Zeilen daran verwenden, so nur, um zu zeigen, mit welchen Mitteln diese Leute auf den Gimpelfang ziehen. In einem Artikel „Christlich oder rot?“ wird nämlich auch unsere Organisation mit folgendem gestreift: „Die Mitglieder des roten Fabrikarbeiterverbandes in Annweiler mußten, um Streikunterstützung erhalten zu können, nach Berlin zum Parteihauptling zu Wallfahrt.“ Wie es sich in Wirklichkeit damit verhält, wissen diese Christen so gut wie wir, wenn man aber jemand einleiten will, so muß man Schein haben.

Die Sache liegt nun folgendermaßen. Im Jahre 1906 traten die Arbeiter der Annweiler Emailier- und Stanzwerke in den Streik. Das Organisationsverhältnis war das denkbar ungünstigste. Von 590 Beschäftigten blieben 107 Personen als Arbeitswillige stehen. Von den 483 Streikenden waren ganze 51 über drei Monate organisiert, 304 gehörten dem Verband 1 Woche bis 2 Monate an, und 128 waren unorganisiert. Nach gewerkschaftlichen Grundsätzen ist unter solchen Umständen jeder Kampf ein zweifelloses Scheitern, und das traf besonders im Frühjahr 1906 zu, wo die Auslieferung in der Metallindustrie in der Luft schwebte. Der Vorstand verweigerte deshalb eine Zustimmung zum Streik, und als die Arbeiter dennoch die Arbeit niederlegten, auch die Unterstützung. Zwei Personen der örtlichen Streikleitung wandten sich nun an die Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin, die sie aber an den Hauptvorstand verwies. Das ist also die „Wallfahrt zum Parteihauptling“, und deren Ursache. Mag ja sein, daß die Christen im vorliegenden Falle anders gehandelt hätten, das Verantwortlichkeitsgefühl soll ja bei ihnen recht gering entwickelt sein. Wenn sie aber aus dieser Begebenheit die sich bei den gewerkschaftlichen Kämpfen fast täglich wiederholt, Kapital zu schlagen suchen, so muß das christliche Waffenarsenal eine recht bedenkliche Leere aufzuweisen haben. Diese Pharisäer haben aber alle Ursache, sich selbst an die christliche Brust zu schlagen. Vielleicht erinnern sie sich noch des Streiks von 1907 im Tonwerk Mitterbach bei Kolbermoor, wo die 23 Mitstreitenden des christlichen Keramarbeiterverbandes mitten im Streik die Arbeit aufnahmen und so zu Streikbrechern wurden, weil ihnen die Unterstützung entzogen wurde. Auf eine Wallfahrt nach Mt. Golbach haben die Christlichen damals versichert, jedenfalls in dem Bewußtsein, daß von dem doch nichts zu holen ist; sie trösten lieber gleich mit Joch. Der Unternehmer aber stellte ihnen weiterstehenden Kollegen die gewiß vielgelagerte Zustimmung, zu dem christlichen Keramarbeiterverband überzutreten, dann kamen sie wieder bei ihm arbeiten. Dieses jehovah'sche Ansehen läßt allerlei vermuten, und wie werden der Familie 2 Tausend dankbar, wenn sie die diesen dankbaren Lohn einmal beleuchten würde.

— Die Annaburger Steingutfabrik.

Anlässlich des 10jährigen Bestehens der Annaburger Steinzeugfabrik als Aktiengesellschaft bringt die Deutsche Arbeiter- u. Ziegeler-Zeitung einen kurzen Bericht über deren Geschichte und Entwicklung, der auch für die Arbeiter einiges Interessante bietet. Die Aktiengesellschaft entstand aus der früheren Firma Adolf Hedemann. Bald nach ihrer Gründung übernahm sie dann noch die Steinzeugfabrik Hermann Heine u. Co. zu A. o. l. m. a. in Eilenburg. Der Zweck dieser Transaktion war die Ausschaltung des Wettbewerbes. Die ersten Jahre nach der Gründung brachten den Aktionären reichen Segen. Von 1895-98 wurden je 14 Proz. Dividenden verteilt. Dann kam durch verschiedene technische Mißerfolge ein Rückschlag. 1899 wurden 4 Proz. und 1900-02 gar keine Dividenden ausbezahlt. Dann ging's wieder aufwärts. 1903 konnten wiederum 11 Proz., 1904 7 Proz., 1905 10 Proz. und dann bis 1909 je 12 Proz. Dividenden ausgeschüttet werden.

Durch Betriebsveränderungen, die mit Rücksicht auf die Konkurrenz auf verschiedenen Seiten geboten erschienen, ferner durch Vergrößerung des Betriebes usw. war der Geschäftsertrag im Jahre 1909/10 ein geringerer, so daß nur 8 Prozent Dividende zur Verteilung gelangten. Der Aktionärsrat war bei einem Aktienkapital von 1.750.000 M. folgendermaßen: Es wurden erzielt 1907 358.127 M. = 20,4 Prozent; 1908 349.457 M. = 19,9 Prozent; 1909 324.761 M. = 18,5 Prozent und 1910 243.819 M. = 13,9 Prozent. Es ist also ein allmählicher Rückgang des Reingewinns eingetreten, der jedoch die Rentabilität des Betriebes noch lange nicht in Frage stellt. Bei der Verteilung des Reingewinns ist nicht uninteressant, daß der Vorstand bis zu 12 Prozent und der Aufsichtsrat, der aus 5 Personen besteht, 10 Prozent des Reingewinns erhält. Der Vorstand hat mithin im Geschäftsjahre 1909/10 eine Entlohnung von 29.256 M. und der Aufsichtsrat eine solche von 24.380 M. (pro Mitglied 4876 M.) für seine „ausreichende“ Tätigkeit bezogen. In den Jahren mit höherem Reingewinn waren natürlich auch diese Bezüge höher. Wenn man sich in Betracht gezogen wird, daß die Gesellschaft in den 15 Jahren ihres Bestehens durchschnittlich pro Jahr 8,2 Prozent Dividenden verzeigte, so ergibt sich, daß das Aktionär- oder Aufsichtsratsmitglied doch ertragreicher ist als das Arbeiter.

— Chemnitz.

Die traurigsten Kapitel moderner Ausbeutung findet man gewiss in der Ziegelindustrie. Aber was an Rückständigkeit auf allen Gebieten der Ziegelerproduktion vorhanden ist, ist in Chemnitz in jeder Ziegelfabrik anzutreffen. Die technischen Erzeugnisse sind an diesen Betrieben jämlich spurlos vorübergegangen, ebenso auch die moderne Kultur an den Wohn- und Unterkunftsverhältnissen der Ziegelerarbeiter. Die Nr. 47 stellt

der Ziegel vor 100 Jahren vor sich ging, so heute noch, und wie die menschlichen Behausungen der Ziegelerarbeiter vor mehreren Menschenaltern eingerichtet wurden, so sind sie hier heute noch vorzufinden. Schlachträume, wo Holzprüden eng aneinandergerichtet sind, wo Wind und Wetter ungehindert Zutritt haben und die mit dem lieblichen Aroma der offenen Kaminröhren überflutet werden, sind nicht nur in den verborgenen Winkeln des Erzgebirges, sondern mitten in der Stadt Chemnitz anzutreffen. Die Reinigung der Wohnstätten ist alljährlich nur einmal zu beobachten, nämlich nach Schluß der Kampagne. Während der übrigen Zeit konnte man mit Reine sagen: „Hier liegt die deutsche Rationalität, hier in diesem Dreie.“ Sogar Lehnspitzen haben ihre Heimstätte in den Unterkunftsräumen der Ziegelerarbeiter aufgeschlagen. Bei der Befichtigung der Kaminröhren, der Wascheinrichtungen sieht man sich plötzlich zu unfern Vorfahren, den Höhlenbewohnern, veretzt, so primitiv ist die ganze Einrichtung. Welch eine Fülle von Arbeit für unsere Organisation, bis in diesen Betrieben gründlich Remedur geschaffen ist! Die Harmonie zwischen „Meistern und Gesellen“, die Signatur des typischen Pastorenvereins, lernt man bei solchen Verhältnissen begreifen. Die Ziegelerarbeiter binden sich durch Kontrakte für die Dauer der Kampagne, der Meister sorgt für die Lebenshaltung, die er den Ziegeln zu höheren Preisen abläßt, distriert den Lohn, dreizehnhündige Arbeitszeit, verwaltet alles gewissenhaft, behält alles Ueberflüssige für sich und denkt wie ein Dreifachpferd: je mehr Arbeit ihres Lohnes wert. Daß die Meister eine solche Harmonie nicht gern gestört wissen wollen, versteht sich am Rande. Wenn auch einzelne Meister eine Ausnahme machen und unsere Aufklärungsarbeiten keine Hindernisse in den Weg legen in der Erwartung, daß die Verbesserung dieser vorhinseitlichen Zustände auch für sie Vorteile hat.

Aber nur wenige haben sich zu dieser Einsicht durchgerungen, und am weitesten davon entfernt ist noch der Ziegelermeister Schmittler von Neubebers Ziegelfabrik in Rorluff. Dieser Herr ist sofort mit seinem Koffer bei der Hand, wenn sich ein Kollege auf sein Grundstück wagt und droht mit der Polizei, wenn seinen Ausweisungsbefehlen nicht sofort Folge geleistet wird. Es ist aber für den Herrn auch alle Ursache vorhanden, den Betrieb von der Außenwelt abzuschließen, denn diese Zustände, wie sie hier bestehen, spotten aller Beschreibung. Reinlichkeit und Ordnung sind hier fremde Begriffe. Kaminröhren und Wascheinrichtungen müssen ihrem Aussehen nach auf einem Schuttberge zusammengeworfen worden sein. Weil wir uns für solche Betriebe speziell interessieren, werden wir diesen Betrieb sehr oft besuchen, und so lange nicht andere Verhältnisse Platz greifen, werden wir nicht ablassen, die Ziegler aufzuklären und die Harmonie mit den Meistern gründlich zu stören. Unsere Kollegen müssen energisch mit Hand anlegen, damit auch diesem Herrn eine andre Meinung beigebracht wird. Zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne muß eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine gründliche Umgestaltung der Wohn- und Schlafräume kommen, wenn wir nicht um ein paar Menschenalter hinter der übrigen Arbeiterchaft zurückbleiben wollen; denn auch die Ziegler haben ein Anrecht, an den Genüssen der Kultur teilzunehmen.

Agitation im Gau 1.

In nachfolgenden Orten unternahm der Agitationsleiter für die chemischen Industrie eine Agitationsstour. In Schönbach domizilieren die den Erben des Mittelmeeres Herumann gehörigen Werke „Hermania“, welche hauptsächlich Produkte der chemischen Großindustrie herstellen, und einige Sprengstoffwerke. Die Verammlung vor von den Arbeitern der „Hermanianerwerke“ gut besucht. In Bernburg fanden zwei Betriebsversammlungen mit einigen Abteilungen der „Solvaywerke“ statt, die beide einen sehr guten Besuch aufwiesen. Die „Solvaywerke“ beschäftigen in Bernburg circa 1700 Arbeiter. Wichtige Kalksteinlager stehen dem Betriebe in allernächster Nähe zur Verfügung; und mit den modernsten Hilfsmitteln der Technik wird der Abbau und die Weiterverarbeitung betrieben. Die Gesellschaft hat eigene Bergwerke für Kohlen und andre Rohstoffe in den verschiedensten Teilen Deutschlands. Mit 40 Millionen Mark Betriebskapital erzielt sie jährlich über sieben Millionen Mark Reingewinn, wovon den Aktionären 10 Prozent Dividende gezahlt werden. Das Solvayverfahren hat sich bei Herstellung von Soda besser bewährt, als das ältere Leblancverfahren. Die Ursache liegt an der besseren Verwertung des zu verarbeitenden Rohmaterials. Beim Leblancverfahren entsteht als Nebenprodukt Salzsäure, für welche ein nicht genügend großes Absatzgebiet vorhanden ist (In den 90er Jahren wurde in Bernburg die Chromfabrikation mit betrieben. Nachdem sich herausstellte, daß die Refraktionskommission beim Suchen nach neuen Vaterlandvertriebsorten vor lauter zersessenen Kleinschneidern und zerstückten Schleimhäuten unter den Chromarbeitern nicht auf ihre Rechnung kam, erging ein Verbot, militärpflichtige Personen nicht mit Chrom zu beschäftigen. Die Folge war Aufgabe dieses schädlichen Produktionszweiges.) Vor drei Jahren wurde eine größere Anzahl Arbeiter, weil infolge verbesserter Technik überflüssig, entlassen. Die achtstündige Arbeitszeit ist für alle Schichtarbeiter durchgeführt, ohne daß das Werk zugrunde ging, ein Beweis, daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, auch anderwärts so zu verfahren.

Weniger gut besucht waren die Verammlungen in Döbnitz bei Kleinörsdorf und Klein-Bittenberg. In abgelegener Gegend ist die über 1000 Personen beschäftigende Sprengstoffabrik aus in der Lage, sich billiges Arbeitermaterial zu beschaffen. Viel Spaß hat die Kleinbauern der umliegenden Orte, welche zu einem Jahreslohn von 27 bis 29 Pf. pro Stunde beschäftigt werden. Ein Teil von ihnen arbeitet im Nord. Nach Fertigstellung des bestimmten Tagesquantums können die Arbeiter nach Hause gehen. Sie schinden sich deshalb bis aufs Äußerste, damit sie nachmittags noch ihr Feld mit bearbeiten können, das zu diesem Jahreslohn eine Ergänzung bringen muß.

In letzter Zeit ist ihnen das aber nahezu unmöglich gemacht, denn das Tagesquantum ist in kurzer Zeit von 4 auf 7 Ruten geheigert worden, weil den Unternehmern der Arbeitslohn zu früh erfolgte. Mit Hilfe einer Prämie von 50 Pf. für die Lieferung der sieben Ruten ist es gelungen, die Arbeiter auf's äußerste anzuspinnen. Diese Akkordarbeit in der Sprengstoffindustrie mußte unbedingt verboten werden, weil die Unfallgefahr dadurch vergrößert wird. Die Unfallverhütungsvorschriften belegen ausdrücklich, daß keine Akkordarbeit verrichtet werden soll; aber was ist das System anders, als Akkordarbeit? Kein Wunder, daß die Aktionäre 20 Prozent Dividende einheimsen können. Höchst interessant ist es, wie der Arbeiter gefördert wird. Im Aufsichtsrat sitzen unter andern die Bergleute Klein-Dortmund, Gindner-Gerne, Dr. Bogelwang-Essen und der bekannte Rohlenbergwerksmagnat Stinnes. Es ist erklärlich, daß demnach „Bestallt“ der beste Sicherheits-Sprengstoff sein muß. Auch in den andern um Wittenberg liegenden Fabriken werden Schandbühnen gespielt. Die Arbeiterchaft könnte mit Rechtigkeit pro Stunde 10 Pf. mehr herauschlagen, wenn sie bereits den Weg zur Organisation gefunden hätte. Durch ihr indifferentes Verhalten läßt sie sich selbst.

Einen einigermaßen guten Besuch wies die öffentliche Verammlung in Ammendorf bei Halle auf, wozu als ungeferne Besucher zwei Hüter des Geistes erschienen waren. Der Eifer der Halleischen Polizei ist ja sprichwörtlich geworden. Die anwesenden Beamten hörten aufmerksam zu und haben jedenfalls von dem interessanten Gebiet über die Geschichte der Chemie und Entwicklung der chemischen Industrie manches gelernt. Zu notieren gab's nichts, also war auch das „jelliebte deire Vaterland nicht in Gefahr“.

Eine gut besuchte Verammlung wurde in Eilenburg abgehalten. Wohl an 300 Personen hatten sich eingefunden, darunter viele Frauen. In allen Verammlungen wurde vom Referenten versucht, das Thema der am Orte vorherrschenden Branche der chemischen Industrie anzupassen und die einschlägigen Gewerkschaften und Parteien über Kapitalien und Gewinne zu behandeln und sie den niedrigen Löhnen gegenüberzustellen. Mit Interesse verfolgten die Anwesenden die ihnen vielfach neuartigen Ausführungen. Es ist zu hoffen, daß der Organisationsgedanke in der chemischen Arbeiterchaft in kürzerer Zeit weitere Ausbreitung erfahren wird. Der „Proletarier“ macht Flugblätter und manches Referat haben neben der eifrigsten Kleinarbeit revolutionierend gewirkt. Es geht vorwärts!